



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

9. Sitzung des 13. Legislaturperiode vom 05.11.2019

Vorsitz	Ratspräsident	Heiri Brändli
Anwesend	Gemeinderat	28 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident Stadtrat	René Huber Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Priska Seiler Graf Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Denise Meyer
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Christian Trachsel Fabienne Kühnis Anita Egg Sabrina Manhart
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21.20 Uhr	

Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), Statutenänderung
- 4 Gemeindeordnung GO; Revision 2018
- 5 Postulat; Christoph Fischbach, SP; Wahrzeichen für sämtliche Klotener Sportvereine
Antwort des Stadtrats
- 6 Motion; Silvan Eberhard, SVP; Logistik-, Gewerbe- und Industriezentrum auf dem Kasernenareal
Begründung und allf. Überweisung an den Stadtrat
- 7 Diverses

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur 9. Sitzung der 13. Legislaturperiode. Es handelt sich um eine spezielle Sitzung. Ein Traktandum dauert vielleicht länger, weshalb ein Buffet aufgestellt worden ist. Es ist nicht die Idee, dass man während der Sitzung ständig nach hinten läuft und etwas holt, sondern, dass um ca. 19.30 Uhr eine kurze Verpflegungspause gemacht wird.

Speziell begrüsst der Ratspräsident die neue Ratssekretärin Denise Meyer. Er heisst sie ganz herzlich willkommen und dankt für ihre Arbeit.

Entschuldigt sind für die heutige Sitzung folgende vier Personen: Christian Trachsel, Fabienne Kühnis, Anita Egg und Sabrina Manhart. Somit sind 28 Gemeinderäte anwesend, das heisst ein absolutes Mehr von 15.

Der Ratspräsident stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäss erfolgt ist und die Unterlagen fristgerecht am 24.10.2019 verschickt worden sind. Auch die Aktenaufgabe ist ordnungsgemäss erfolgt.

Beim Traktandum der Gemeindeordnung gilt es zu beachten, dass seit der vorletzten Gemeinderatssitzung eine neue, geänderte Version der synoptischen Darstellung in der Aktenaufgabe für die heutige Sitzung war.

Es gibt keine Änderungsvorschläge zu der vorliegenden Traktandenliste. Die Motion unter Traktandum 6 wird nach Absprache mit dem Motionär Silvan Eberhard in ein Postulat gewandelt. Die Begründung von Silvan Eberhard erfolgt unter Traktandum 6.

1

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der 6. Gemeinderatssitzung der 13. Legislaturperiode vom 4. Juni 2019 und der 8. Sitzung der 13. Legislaturperiode vom 3. September 2019 wurden am 24. September 2019 resp. am 17. Oktober 2019 allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zugestellt. Es gab keine Rückmeldungen bzw. Änderungswünsche.

Auch heute wird das Wort nicht verlangt. Somit sind die Protokolle hiermit genehmigt sind.

2

Mitteilungen

Mitteilungen aus der Ratsleitung:

- 30.08.2019 Eingang kleine Anfrage von Roman Walt betr. Stellenbesetzungen Bereich Bildung + Kind auf das Schuljahr 2019/20
- Die Initiative "Wohnen für alle" ist von der GRPK im September verabschiedet worden. Aufgrund der Situation im Ratssekretariat bis Anfang Oktober 2019 ging dieses Geschäft vergessen und verschwand in den Wirren der Administration. Ich entschuldige mich dafür bei der SP. Es wird auf die Sitzung vom 3. Dezember 2019 traktandiert.

Mitteilungen aus dem Stadtrat:

Folgende Beschlüsse sind beim Ratssekretariat eingegangen und sollten den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden sein.

- Beschluss 191-2019: Änderung zur Wahlanordnung vom 17.11.2019
Verschiebung der Volksabstimmung über die Vorlage der Gemeindeordnung GO; Revision 2018 auf einen späteren Zeitpunkt
- Beschluss 205-2019: Postulat Christoph Fischbach, SP; Wahrzeichen für sämtliche Klotener Sportvereine, Antwort Stadtrat
Behandlung im Gemeinderat unter Traktandum 5 der heutigen Sitzung
- Beschluss 192-2019: the Circle at Zürich Airport; Rückzug Planungskredit
- Beschluss 19-2019: Sitzungstermine Stadtrat 2020

3

Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), Statutenänderung

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat mit Beschluss-Nr. 97-2019 vom 7. Mai 2019 er wolle die revidierten Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), dat. 27. März 2019, zuhanden der Urnenabstimmung genehmigen. Der Gemeinderat wird eingeladen seinen Beschluss bis spätestens Ende 2019 zu fällen. Die Volksabstimmung ist für den 17. Mai 2020 vorgesehen.

Es liegt ein einstimmiger Abschied der GRPK vor. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme der Vorlage 6657. Der Vorsitzende gibt der Referentin der GRPK, Sandra Eberhard, das Wort.

Sandra Eberhard, SVP, nimmt namens der **GRPK** zum Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat – Vorlage Nr. 6657, Verabschiedung der revidierten Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), datiert vom 27.3.2019, zuhanden der Urnenabstimmung wie folgt Stellung:

Vorab vielen Dank an Stadtrat Roger Isler und Bereichsleiter Marc Osterwalder für die kompetente und rasche Beantwortung von allen Fragen und die ausführliche Präsentation in der GRPK. Ja auch zu diesem eher trockenen gesetzlichen Geschäft können viele Fragen gestellt werden.

Aufgrund des neuen Gemeindegesetzes (GG) müssen die Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal (nachfolgend ZPG) angepasst werden. Die Totalrevision der Verbandsstatuten muss von allen 14 Gemeinden der ZPG an der Urne am 17. Mai 2020 gleichzeitig und einstimmig angenommen werden und bis am 1. Januar 2022 in Kraft sein. Ansonsten muss die Revision neu aufgelegt werden und allenfalls die Aufsichtsbehörde eingreifen.

Folgende Anpassungen oder wesentliche Punkte der neuen Statuten sind erwähnenswert:

- Neu ist die Definition "am Geschäftsdomizil des Verbandsekretärs" nicht mehr zulässig, der Verband braucht einen explizit erwähnten Sitz, in diesem Fall Dübendorf. Wenn dieser später geändert werden sollte, müssten die Statuten nochmals angepasst werden. Dübendorf ist jedoch zentral gelegen und schon seit Jahren Sitz der ZPG.
- Der Beitritt einer neuen Gemeinde in einen bestehenden Zweckverband wird erschwert, es braucht neu zusätzlich noch die Zustimmung an der Urne und allenfalls Einstimmigkeit bei Änderung der Rechte der bisherigen Mitglieder. Da die beteiligten Gemeinden in den Statuten bezeichnet werden müssen, braucht es für eine Anpassung immer eine Statutenrevision, die nun der Urnenabstimmung untersteht. Wachstum wird in der ZPG aber sowieso eher nicht angestrebt, es ist so schon schwierig genug in verschiedenen planerischen Fragen Haltungen zu entwickeln, weil der Perimeter recht gross ist und die Interessen der Beteiligten nicht zwingend dieselben.
- Auch der Austritt einer Gemeinde aus dem Verband wurde erschwert: Antrag an den Verband, Kündigungsfrist von 12 Monate auf Ende Kalenderjahr, Zustimmung Regierungsrat, Zweck für Gemeinde sei dahingefallen, Verband sei dadurch nicht beeinträchtigt, Urnenabstimmung - es ist die Zustimmung aller Verbandsgemeinden notwendig, nicht nur von der Austretenden.
Es ist eine gesetzliche Anforderung, dass jede Gemeinde einer Planungsregion angehört, d.h. wenn Kloten aus der ZPG aussteigen möchte, müssten wir uns auch einer neuen anschliessen. Insofern ist ein Austritt eher unwahrscheinlich.
- Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern und wird gemäss Art. 40 der Statuten ein Verwaltungsreglement oder ähnliches erlassen müssen. Dort werden die Befugnisse dann geregelt. Zurzeit hat Kloten leider kein Vertreter im Vorstand, das Unterland wird von Bassersdorf und Opfikon vertreten. Eine Vorstandssitzung kann neu durch 2 statt wie bisher 3 Mitgliedern einberufen werden.
- Die Delegiertenversammlung (DV) besteht aus 14 Mitgliedern. Der Geschäftsbericht muss von ihnen nicht mehr genehmigt werden, Kenntnisnahme genügt. Neu können 5 statt 7 Mitglieder eine DV verlangen. Dritte können beratend an der DV teilnehmen.
- Einzelinitiativen sind in Zweckverbänden nicht mehr vorgesehen (vgl. Art. 146 Abs. 3 GPR, welcher nur Volksinitiativen beinhaltet). Eine Erhöhung der Unterschriftenzahl für Volksinitiativen von 1000 auf 2000 macht insofern Sinn, weil das Verbandsgebiet über 150'000 Einwohner*innen umfasst.
- Der Vorstand hat erhöhte Finanzkompetenz: neu sind Beschlüsse ausserhalb Budget bis Fr. 30'000 (einmalig) und Fr. 10'000 (wiederkehrend) jedoch mit einer Obergrenze von je 2x pro Jahr möglich. Diese Obergrenze gilt als Schutz der Gemeinden, da die Kosten wie bisher gemäss Einwohnerzahl verteilt werden. Für Kloten sind es im Moment ca. 11%. Die Finanzdelegation stellt ein Freipass für den Vorstand dar, die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass die ZPG sorgfältig mit den finanziellen Mittel umgeht.
Aufgrund neuem GG ist ZPG neu eigentums- und vermögensfähig und muss einen eigenen Verbandshaushalt führen. Die ZPG investiert jedoch nicht und hat auch kein Eigentum, es gibt keine Abschreibungen. Die

Ausgaben werden jährlich über die Betriebsrechnung abgerechnet. Ein allfälliges Liquidvermögen wird jährlich mit dem Beitrag verrechnet.

- Die ZPG ist ein reiner Planungsverband (vgl. dazu Art. 2 mit dem Zweck), d.h. es geht nur um Planungsaufgaben, alles andere würde den Zweck sprengen und eine Anpassung (Zweckausweitung) der Statuten bedingen.
- Das Budget der ZPG wird aufgrund eines Arbeitsprogrammes erstellt und dieses hängt davon ab, welche Aufgaben erledigt werden müssen. Im Moment profitiert Kloten eher, da im Moment viel im Raum Kloten geplant wird.
- Durch das Arbeitsprogramm berechnet sich anhand der Einwohnerzahlen auch der Beitrag aller Gemeinden. Dieser war für Kloten in den letzten Jahren immer etwa gleich. Einen Einfluss auf die Kosten hat auch das Wachstum. Kloten hat (dank des geringen Wachstums) in den letzten Jahren tendenziell davon profitiert, dass andere Gemeinden stärker gewachsen sind.

Die Rechte und Pflichten der Stadt Kloten werden nicht wesentlich verändert, denn inhaltlich ändert sich nicht viel. Es handelt sich bei der Revision mehr um die Anpassung an neues Recht und nicht um eine inhaltliche Revision. Es besteht praktisch kein Risiko, weil kein Vermögen besteht und keine Investition getätigt wird.

Die GRPK hat sich ausführlich und intensiv mit diesem Geschäft befasst und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Es gibt keine Wortmeldungen von weiteren Mitgliedern der GRPK, Stadtrat und Gemeinderat. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig die revidierten Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), dat. 27. März 2019, zuhanden der Urnenabstimmung zu verabschieden.

4

Gemeindeordnung GO; Revision 2018

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat mit den Beschlüssen Nr. 151-2018 vom 3. Juli 2018, Nr. 113-2019 vom 21. Mai 2019 sowie Nr. 171-2019 vom 20. August 2019, er wolle die Gemeindeordnung (Revisionsvorlage im Rahmen der Umsetzung Gemeindegesetz) zuhanden der Urnenabstimmung genehmigen. Der Gemeinderat wird eingeladen seinen Beschluss im 3. Quartal 2019 zu fällen. Die Volksabstimmung ist für den 9. Februar 2020 vorgesehen.

Der Vorsitzende dankt der Kommission unter souveräner Führung von Peter Nabholz. Zum Ablauf erklärt er, die Artikel ohne Änderungsanträge zusammen zu nehmen und bei Verzicht auf Wortmeldungen diese stillschweigend anzunehmen. Artikel mit Änderungsanträgen werden einzeln abgestimmt. Er bittet alle Redner sich kurz zu fassen und die Redezeit nicht zwingend auszunutzen. Die Frage an das Parlament bezüglich Rückkommen zu den einzelnen Anträgen folgt am Schluss nach der Behandlung aller Artikel (entgegen Art. 36 des Reglements des Gemeinderats). Thomas Peter zeigt die zu behandelnden Artikel bzw. Anträge an der Leinwand via Beamer auf. Das erleichtert die Behandlung.

Eintretensdebatte

Der Vorsitzende gibt dem Präsidenten der GOKO, Peter Nabholz, das Wort.

Peter Nabholz, FDP, erklärt namens der **GOKO**: An der Gemeinderatssitzung vom Juni 2018 sind neuen Mitglieder in die Spezialkommission "Revision Gemeindeordnung 2018" eingesetzt worden. Die Gemeindeordnungskommission, kurz GOKO genannt, hatte den Auftrag, die vom Stadtrat vorgelegte, revidierte Gemeindeordnung zu prüfen und hat das auch getan. Die Fragen der GOKO sind meist fristgerecht, detailliert und grossmehrheitlich auch umfassend durch die Stadt beantwortet worden. Daher beantrage ich im Namen der Gemeindeordnungskommission auf die vorliegende Empfehlung der revidierten Gemeindeordnung einzutreten.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung Eintretensdebatte

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, auf das Geschäft einzutreten.

Grundsatzdebatte

Der Vorsitzende gibt dem Präsidenten der GOKO, Peter Nabholz, das Wort.

Peter Nabholz, FDP, erklärt namens der **GOKO**: Am 1. Januar 2018 trat das Gemeindegesetz des Kantons Zürich in Kraft. Die Neuerungen können in vier Kategorien unterteilt werden.

1. Einige Neuerungen sind bereits per 01.01.2018 in Kraft, ohne dass konkrete Umsetzungsschritte erfolgen müssen.
2. Einige Neuerungen werden ab diesem Januar (01.01.2019) angewendet.
3. Einige Neuerungen müssen gelöst werden bis zum 1. Januar 2022. Diese lösen einen Handlungsbedarf aus, weil das kommunale Recht an die neuen Vorgaben angepasst werden muss.
4. Einige Neuerungen ermächtigen die Gemeinden und ihre Organe und Behörden, verpflichten diese aber nicht, diese auch einzuführen.

Im Rahmen der Bearbeitung dieser Teilrevision der Gemeindeordnung und aufgrund der vielen Anpassungen, die die Gemeindeordnungskommission vorgenommen hat, muss eher von einer Totalrevision ausgegangen werden. Nichtsdestotrotz hat diese Unterscheidung keinen besonderen Einfluss auf das heutige Verfahren. Da die neue Gemeindeordnung spätestens am 1. Januar 2022 in Kraft treten muss, ist es der GOKO ein Anliegen, Meilensteine in Bezug auf die Einhaltung der Daten auch hier aufzuzeigen und einzuhalten.

Am 10. Juli 2018 haben wir aufgrund des Beschlusses der Gemeindeordnung vom Stadtrat eine Vorlage bekommen zu diesem neuen Geschäft im Rahmen einer synoptischen Darstellung der Gemeindeordnung. Wir haben uns in der GOKO zur konstituierenden Sitzung am 28. August 2018 getroffen. Als meine Stellvertreterin wurde Irina Bannwart (CVP) gewählt, als Protokollführer, Christoph Fischbach (SP) und als dessen Stellvertreterin Fabienne Kühnis (Grüne). Die übrigen Mitglieder sind unser oberster Klotener, Ratsleitungspräsident Heiri Brändli (EVP), Philipp Graf (SP), Rico Käser (SVP), Mathias Rieder (glp) und Ueli Schlatter (SVP). Damit wir auch möglichst jedes Mal vollständig und demokratisch abstimmen konnten, haben wir entschieden, dass abwesende Mitglieder durch jemanden aus der jeweiligen Fraktion vertreten werden durften. Ich danke daher auch den Stellvertretern aus der SP, René Roser, und auch Roman Walt, glp, herzlich für das mehrmalige Erscheinen für eure Kollegen.

Die Kommissionsarbeit wurde auf gesamthaft 12 Sitzungen aufgeteilt. 9 Sitzungen hat die GOKO der Reihe nach aufgeteilt anhand der diversen Hauptthemen wie Bestand und Organisation, politische Rechte der Stimmberechtigten, Gemeinderat, Verwaltungsbehörden, Stadtrat, Schulpflege, unterstellte Kommissionen des Stadtrats, Einzelämter, Kommunikation und E-Government sowie Schlussbestimmungen. Jede der Sitzungen wurde von einem Zweierteam vorgestellt. Das Zweierteam war verantwortlich, die Anfragen aus den Fraktionen und Kommissionen aufzunehmen und vorzustellen. Mir war es dabei wichtig, dass bereits das Zweierteam von der politischen Ausrichtung auf keinen Fall bürgerlich oder links gewesen ist. Auf keinen Fall nur liberal oder konservativ, sondern bereits dort möglichst unterschiedliche politische Ansichten innerhalb der Zweierteams vertreten hat. Das ist allen 9 Zweierteams grossartig gelungen. Dafür bedanke ich mich.

So sind wir mit dem Entwurf der Gemeindeordnungskommission Punkt für Punkt durchgegangen und haben dadurch diverse Anträge eingebracht. Diese wurden durch Christoph Fischbach oder Fabienne Kühnis protokolliert. Bei der nächsten Sitzung wurden diese zuerst auf die rechtlichen Grundlagen geprüft. Das ist durch den Verwaltungsdirektor, Thomas Peter, vorgenommen worden. Da wir bei einem Ablehnungs- bzw. Abänderungsantrag gemäss Art. 73 Abs. 3 auch immer ein Mitglied des Stadtrats anhören dürfen, haben wir uns entschlossen, das effizient und möglichst zusammenfassend an einem gemeinsamen Termin wahrzunehmen, als Gesamtstadtrat und als Gesamtgemeindeordnungskommission. Das hat am 22. Januar dieses Jahrs stattgefunden. Damals waren es noch 23 Artikel, die wir miteinander diskutierten und beide Seiten ihre Anliegen einbringen konnten. Danach hat der Stadtrat mit Beschluss vom 16. April 2019 einen revidierten Antrag eingebracht, der nicht ganz mit den Vorstellungen der Gemeindeordnung übereinstimmte. Im Hinblick auf eine effiziente Beratung haben wir es als Kommission zielführend erachtet, wenn der Stadtrat auch nur mehrheitlich beschlossene Anliegen entsprechend aufgenommen und umgesetzt hätte. Daher haben wir den Stadtrat nochmals gebeten, in einer weiteren Vorlage ein zweites Mal die Vorlage zurückzunehmen. Das wurde vom Stadtrat am 7. Mai angenommen. Danach haben wir den Entwurf bekommen, der in der Grundlage der Synoptik jetzt vor euch liegt und welche nach wie vor nicht ganz im Sinn der Mehrheitsverhältnisse da drin ist und in den Abstimmungen auch der GOKO nicht immer entsprochen hat. Aber ich möchte den Umstand festhalten, dass die Kommission sowie der Stadtrat sehr gute Argumente gebracht haben, welche in der Logik der Gewaltentrennung auch nicht immer auf Gegenliebe stossen konnten und auch nicht müssen. Wir besprechen heute die noch übrig gebliebenen Anträge, welche in verschiedenen Voten der Sprecher, meist Mehrheits- und zum Teil auch Minderheitsanträge der GOKO sind. Zum Teil jedoch besonders aufgrund von Zeitmangel der Abklärung in Bezug auf die Energiekommission und auch der jährlichen Deckelung der finanziellen Stadtratskompetenzen, kommen diese zum Teil auch aus den Fraktionen.

Ich komme zum Schluss. Die Gemeinderatskommission ist sich nicht in allen Punkten einig. Und wir werden uns daher auch in einigen Punkten heute nicht einig sein. Daher möchte ich mich bereits jetzt bei allen Beteiligten der Gemeindeordnungskommission für ihren grossen Einsatz bedanken und ebenfalls bei unserem Verwaltungsdirektor, Thomas Peter, der als rechtliches Gewissen waltete und einen grossen Beitrag dazu leistete. Auch beim Gesamtstadtrat und den involvierten Verwaltungsangestellten möchte ich mich ganz herzlich im Namen der GOKO bedanken.

Dass wir einerseits innerhalb der Fraktionsblöcke in einigen Punkten nicht miteinander einverstanden sind, ist unserer wunderbaren Demokratie geschuldet. Und andererseits die GOKO mit dem Stadtrat auch nicht immer einer Meinung ist, das mache ich auch an der emotional gelebten Gewaltentrennung verantwortlich. Schlussendlich muss es uns heute gelingen die Gemeindeordnung zu beschliessen und als Hauptziel unseren Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Kloten diese einer Urnenabstimmung vorzulegen.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO und dem Stadtrat.

Christoph Fischbach, SP-Fraktion: Ich möchte nur auf die Artikel und Anträge eingehen, welche der SP wichtig sind und zu denen wir hier Stellung nehmen. In der Detailberatung gehen wir nicht mehr auf die einzelnen Anträge ein. Die Begründungen für unsere Ablehnung oder Unterstützung der einzelnen Anträge erläutere ich an dieser Stelle in der Grundsatzdebatte.

In Sachen Kommissionen und Behörden werden grundsätzlich Anträge gestellt, bei denen die Demokratie und die direkte Mitsprache der Bevölkerung gestärkt werden soll. Das ist zumindest die Begründung der Befürworter dieser Anträge. Konkret sollen die Sozialkommission und die Bürgerrechtskommission weiterhin vom Volk gewählt werden. Die Baukommission und die Grundsteuerkommission sollen im Gegensatz weiterhin nur vom Stadtrat bestimmt werden. Es ist nicht einzusehen, dass zwei Kommissionen vom Volk gewählt werden sollen und zwei vom Stadtrat. Es sind alles Kommissionen, in denen Fachkompetenz gefragt ist, die rechtlichen Vorgaben sind bei allen gegeben und der Spielraum ist klein. Darum hat der Vorschlag des Stadtrats vorgesehen, dass sämtliche Kommissionen durch ihn gewählt werden können, damit entsprechendes Fachpersonal rekrutiert werden kann. Bei all den Entscheiden der vier Kommissionen handelt es sich um Verwaltungsakte, welche von den entsprechenden Kommissionen aufgrund der gesetzlichen Grundlagen gefällt werden müssen. Eine Volkswahl der Kommission vermittelt ein Scheinmitspracherecht des Stimmvolks. Und warum wird einerseits zwischen der Baukommission und der Grundsteuerkommission und andererseits der Sozialkommission und der Bürgerrechtskommission ein Unterschied gemacht? Das ist nicht durchdacht und einfach unlogisch! Darum sagt die SP Nein zur Volkswahl all dieser Kommissionen.

Unsere Haltung zur Energiekommission ist folgende:

Grund für die Verankerung in der GO sollte sein, dass der Gemeinderat durch die Einbindung aller Fraktionen in dieses Gremium, früher und gezielter Einfluss in Energiefragen nehmen könne. Ziel der Kommission sollte jedoch sein, dass der Stadtrat zusammen Vertretern des Gemeinderats und Fachleuten gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeiten kann, welche dann im Gesamtgemeinderat Zustimmung finden. Beim ersten grossen „Test“ versagt der Versuch jedoch, Stand heute, kläglich. Zur GLP-Initiative „Für ein nachhaltiges Kloten“ erarbeitete der Stadtrat in enger Zusammenarbeit mit der Energiekommission, in welcher die Gemeinderatsfraktionen, so auch Vertreter der FDP, SVP und CVP, vertreten sind, einen Gegenvorschlag. Dieser Gegenvorschlag wurde bereits vor Monaten an die GRPK überwiesen. Wie Ueli Morf, SVP- und GRPK-Mitglied im letzten Stadt Anzeiger schreibt, sei die bürgerliche Seite jetzt jedoch daran einen weiteren Gegenantrag zu dieser Initiative auszuarbeiten. Wenn ich das lese, frage ich mich was die bürgerlichen Vertreter, Gemeinderäte der FDP, SVP und CVP, in der Energiekommission gemacht haben. Man sollte meinen, dass diese Vertreter in Rücksprache mit ihren Fraktionen sich in die Energiekommission einbrachten und so zusammen mit dem Stadtrat den Gegenvorschlag ausarbeiteten. Aber es scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Der Gegenvorschlag wird von den bürgerlichen Fraktionen im Gemeinderat nicht mitgetragen und sie arbeiten an einem nochmaligen Gegenvorschlag, welcher wahrscheinlich die konkreten Ziele und Massnahmen des Stadtrates verwässern möchte, sie wollen einen zahnlosen Tiger schaffen, statt konkret etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen.

Somit hat die Energiekommission ihr Ziel ganz klar verfehlt, wenn die von Vertretern des Gemeinderats mitverfassten Anliegen im Gemeinderat bzw. in der vorberatenden Kommission wieder zerzaust werden. Darum spielt es keine Rolle in welcher Form diese Kommission in der Gemeindeordnung verankert wird und auch wer es erfunden hat ist völlig egal. da.

Was aus demokratiepolitischer Sicht jedoch sinnvoller wäre, ist, dass der Gemeinderat wieder vergrössert wird und die Schulbehörde nicht von 10 auf 6 Mitglieder reduziert wird, sondern nur auf 8. Kloten wächst und wächst und hat mittlerweile mehr als 20'000 Einwohner, der Gemeinderat hat aber jetzt weniger Mitglieder als Kloten nur 16'000 Einwohner hatte. Damals hatten wir 40 Mitglieder, das habe ich noch miterlebt. Dies ist unlogisch und falsch. Um eine korrekte und angemessene Repräsentanz zu gewährleisten zu können, und alle politischen Kräfte entsprechend vertreten sind, muss der Gemeinderat vergrössert werden. Dies sollte auch im Sinne der

kleinen und kleinsten Parteien sein, aber wie es scheint, ist dies nicht der Fall. Darum ist die SP für die Vergrößerung des Gemeinderats auf 36. Das gleiche gilt für die Schulbehörde, 6 Personen sind einfach zu wenig, damit die politische Repräsentanz gewährleistet ist.

Dass die GRPK in die Gemeindeordnung verankert wird, schränkt die Möglichkeiten des Gemeinderats, sich selber sinnvoll zu organisieren, unnötig ein. Auch diesen Antrag lehnt die SP ab.

Die Wohnsitzpflicht in Kloten für den Friedensrichter ist auch absurd. Bei diesem Amt geht es in erster Linie um Kompetenz und nicht um den Wohnort.

Dass der „Klima-Artikel“ in die Gemeindeordnung aufgenommen werden soll ist auch absolut richtig und wichtig, ist dies doch eines der absolut zentralsten Themen der nächsten Jahre und Jahrzehnten.

Dass ein Antrag der FDP die finanziellen Kompetenzen des Stadtrats beschneiden möchte, zeigt nur, dass zumindest ein Teil der Bürgerlichen ihrem eigenen bürgerlichen Stadtrat in Sachen Finanzpolitik misstraut.

Sollte eine Mehrheit oder der grösste Teil der für die SP entscheidenden Anträge nicht im Sinne der SP beschlossen werden, lehnen wir die GO schlussendlich in dieser Form ab.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Detailberatung

A. Bestand und Organisation

Art. 1 Name, Bestand und Aufgaben

Die GOKO beantragt mehrheitlich einen neuen Art. 1, Abs. 3 mit folgendem Wortlaut:

Die Stadt Kloten verpflichtet sich, nach den Grundsätzen einer nachhaltigen und klimafreundlichen Entwicklung die Versorgung mit erneuerbaren Energien, Energie- und Ressourceneffizienz und die Reduktion des CO₂-Ausstosses zu fördern.

Wortmeldungen

Mathias Rieder, glp, Sprecher GOKO, erklärt, die glp habe einen Antrag gestellt für einen neuen Art. 1 Abs. 3 mit dem obigen Wortlaut. Die GOKO folge diesem glp-Antrag mit 5 Ja zu 3 Nein-Stimmen.

Irina Bannwart, CVP: Eine **Minderheit** der **GOKO** unterstützt den Antrag zur Ergänzung des Artikels 1 Abs. 3 mit dem Zusatz der nachhaltigen Energie nicht. Es ist ja so, dass die Initiative der glp zur Nachhaltigkeitsthematik noch hängig ist. Die Initiative verlangt die Ergänzung des Artikels 1. Weil es dazu eine Urnenabstimmung geben wird, wird das Volk darüber befinden, ob und in welchem Rahmen die Ergänzung dieses Artikels aussehen soll. Bei der jetzigen Anpassung der Gemeindeordnung geht es darum, die Gemeindeordnung an übergeordnetes Recht anzupassen. Über das und die Arbeit des Stadtrats sowie der GOKO, also über unsere neue kommunale Verfassung, soll das Volk unabhängig von diesem Zusatzthema Energie und Nachhaltigkeit befinden. Wie schon gesagt, ist es auch richtig, dass das Volk auch beim Thema Nachhaltigkeitsartikel das letzte Wort hat. Das ist sichergestellt durch die Initiative und einen möglichen Gegenvorschlag. Deshalb warten wir doch ab, was das Volk an der Urne sagt und machen keinen Schnellschuss bei der vorliegenden grundsätzlichen Überarbeitung der Gemeindeordnung. Eine Minderheit der GOKO beantragt dem Gemeinderat der Ergänzung von Art. 1 Abs. 3 nicht zuzustimmen.

Priska Seiler Graf, Stadträtin: Der Stadtrat hat ähnlich überlegt und argumentiert wie jetzt Irina Bannwart das vorgestellt hat. Wir sind offen und haben sehr viel Sympathien für Nachhaltigkeitsartikel, das möchte ich betonen. Wir sehen aber die richtige Formulierung so wie wir den Gegenvorschlag zur glp-Initiative "nachhaltiges Kloten" ausgearbeitet haben. Wir möchten jetzt nicht vorgreifen, sondern warten was bei der Abstimmung rauskommt, wo die bessere und zielführende Formulierung gebracht wird. Man muss sowieso nochmals darüber abstimmen, da es eine Gemeindeordnungsänderung gibt. Deshalb machen wir von Seiten des Stadtrats beliebt, dass auf diesen Antrag verzichtet wird zugunsten vom Gegenvorschlag.

Roman Walt, glp-Fraktion: Es ist ein schönes Zeichen, dass wir bei der Detailberatung der Gemeindeordnung gleich mit einem gesellschaftlich brennenden Thema beginnen - dem Klimawandel und unseren Massnahmen, dessen Folgen zu bekämpfen. Und wir liegen damit voll "im Trend": Die nationalen Wahlen haben gezeigt, dass das Stimmvolk mehr Wert auf eine nachhaltige Umweltpolitik legt, der Bundesrat fordert die "Netto-Null" bis 2050, ein Initiativkomitee um die Jungsozialisten die Netto-Null in Kloten bis 2030 und der Stadtrat den Ausstieg aus den fossilen Energieträger bis 2050. Und vielleicht löst in knapp zwei Wochen eine grüne Kandidatin den bisherigen Zürcher FDP-Ständerat ab, wer weiss...

Vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag eigentlich bereits veraltet, die aktuellen Entwicklungen haben den Vorschlag, der bereits seit einem Jahr im Entwurf der neuen Gemeindeordnung steht, eigentlich schon überholt. Dieser Energieartikel trägt - so wie er für sich alleine in der Gemeindeordnung steht - nichts Konkretes zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 bei. Es bleibt einzig ein Lippenbekenntnis zu den politischen Entwicklungen der letzten Monate. An sich nicht tragisch, diskutieren wir doch in Kürze unsere Initiative für ein Nachhaltiges Kloten - da haben wir dann die vollständige Formulierung zu diskutieren - und den Gegenvorschlag des Stadtrats. Ich freue mich auf die Debatte und bin gespannt, ob sich seit der Klimanotstandsdebatte ein "Change of mind" - um Rene Roser, SP, zu zitieren - eingestellt hat und wir über Rahmenkredite und/oder konkrete Ziele und Massnahmen zu echten Ergebnissen kommen.

Auch wenn heute der Energieartikel wohl keine Chance hat wird die glp den Änderungsantrag unterstützen, in Anlehnung an unseren Initiativtext und im Sinne eines ersten Schrittes in die richtige Richtung. Der Weg ist aber noch lange nicht zu Ende.

Tania Woodhatch, EVP-Fraktion: Ich mache es ganz kurz und schliesse mich Roman Walt an. Umweltpolitik ist in aller Munde und inzwischen dürfte uns allen bewusst sein, dass wir um den Fokus Umweltpolitik nicht herumkommen. Die EVP spricht sich deshalb dafür aus, dass eine verpflichtende Formulierung gewählt wird, weil wir jetzt dafür sorgen müssen, dass die Erde für zukünftige Generationen bewahrt und geschützt wird. Dazu gehört beispielsweise die Förderung erneuerbarer Energien.

Belinda Mastev, Grüne-Fraktion: Nach dem klaren Verdikt, welches das Volk am 20. Oktober gesprochen hat, schadet es sicher auch der Stadt Kloten nicht, dass man die Nachhaltigkeit bzw. einen Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung schriftlich festhält, das dem Wandel gerecht wird. Es reicht aber nicht, dieses nur schriftlich festzuhalten, sondern es muss danach gehandelt werden. Deshalb sagen wir ganz klar ja zur Annahme des Gegenvorschlags der Grünliberalen. Diesem sollte zugestimmt werden und weiterhin sollen konkrete Massnahmen in die Wege geleitet werden.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag der GOKO betr. neuem Art. 1, Abs. 3 wird mit 13 Ja : 15 Nein-Stimmen abgelehnt. Der vom Stadtrat vorgeschlagene Artikel 1 wird angenommen.

Art. 2 Gemeindeordnung

Art. 3 Organisation und Organe

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

B. Politische Rechte der Stimmberechtigten

Art. 4 Urnenwahlen

Die GOKO beantragt mehrheitlich Ergänzung/Änderung von Art. 4 Abs. 1:

- Neue lit. e. die Mitglieder der Sozialkommission
- Neue lit. f. die Mitglieder der Bürgerrechtskommission
- Änderung der jetzige lit. e. zu lit. g. die Friedensrichterinnen oder den Friedensrichter

Bei Annahme der Ergänzung müsste Abs. 2 entsprechend angepasst werden:

„Für die Wahlen in Behörden gemäss Abs. 1 lit. a bis g ist der Wohnsitz Kloten erforderlich.“

Wortmeldungen

Rico Käser, SVP, Sprecher GOKO, erklärt: Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die Mitglieder der Sozialkommission und der Bürgerrechtskommission an der Urne gewählt werden soll, damit das Stimmvolk mitentscheiden kann, wer in diesen Kommissionen mitarbeiten soll. Wenn das angenommen wird, würde die jetzige lit. e. neu lit. g. werden. Und lit. e. und lit. f. werden in der GO aufgenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO.

Regula Kaeser, Stadträtin: Eine Volkswahl suggeriert immer, dass man eine politische Komponente in einer Kommission hat. Das ist zum Beispiel in der Schulpflege der Fall. Da kann man sich strategisch einbringen. In einer Bürgerrechtskommission, die ich präsidiere, setzen wir übergeordnetes Gesetz um. Wir haben auch das neue Ausländergesetz, das am 01.01.2018 in Kraft getreten ist. Eine Bürgerrechtskommission setzt nur Verordnungen und übergeordnetes Gesetz um. Der politische Spielraum ist gleich null. Das Einbürgerungsverfahren ist heute ein reiner Verwaltungsakt. Wenn man eine Volkswahl hat, suggeriert man den Mitgliedern, dass sie sich politisch einbringen können. Sie setzen effektiv ein Gesetz um und können nicht irgendwelche Gesinnungen reinbringen, weder linke noch rechte Gesinnungen. Wir müssen alle Leute in der Kommission gleich behandeln. Im Einbürgerungsverfahren gibt es konkret Tests in Deutsch und Staatskunde. Es gibt genaue Vorschriften, was die Gesuchsteller*innen erfüllen müssen. Es werden alle über den gleichen Leisten geschlagen. Das macht ja auch Sinn, dass das keine Gesinnungen zum Zug kommen, sondern dass alle gleichbehandelt werden. In diesem Sinn ist die Einbürgerung ein reiner Verwaltungsakt. Wenn es Diskussionen in irgendeiner Form gibt, ist der Stadtrat oberste Entscheidungsinstanz. Ich beantrage im Namen des Stadtrats auch die Bürgerrechtskommission wie die Baukommission als Kommission untergeordnet führt und nicht mehr per Volkswahl. So dass wir die Leute mit Fachwissen in die Kommission berufen können.

Gaby Kuratli, Stadträtin: Bei Wahlen kann ich aussuchen. Bei der Sozialkommission konnte niemand aussuchen, auch vor 8 Jahren nicht. Die IFK hat die Leute bestimmt und diese wurden gewählt. Ist denn das wirklich eine Wahl, die man den Bürgern überlässt? Vier Kandidaten waren auf der Liste und wurden angenommen. Keine Fachpersonen. Im Sozialen gibt es auch übergeordnetes Gesetz. Der Spielraum ist sehr klein. Wenn man mit einer Kommission zusammenarbeitet, wäre es schön, wenn auch Fachleute dabei wären. Denkt an die Steuerkommission. Wie wäre es, wenn die Mitglieder keine Ahnung von Zahlen hätten. Dann wäre es nicht einfach zum Arbeiten. Deshalb appelliere ich an eure Vernunft. Nehmt das zurück und unterstellt die Kommission dem Stadtrat, damit dieser Fachleute suchen kann. Ihr wisst selber wie schwer es ist, Leute zu finden, die in Kommissionen oder auf die Gemeinderatsliste kommen.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Demokratie und Mitbestimmungsrechte sind wichtig, das ist ganz klar. Deshalb ist es auch richtig, dass Behördenvertreter wie wir Parlamentsmitglieder oder die Mitglieder der Exekutive (die Stadträte) vom Volk gewählt werden. Die Entscheidungen in solchen Gremien sind von grosser Tragweite und teilweise auch Komplexität. Die politischen Ansichten nehmen starken Einfluss darauf und können Entscheidungen in die ein oder andere Richtung wenden. Wie gesagt ist das bei Gremien wie dem Parlament, der Regierung oder auch bei der Schulbehörde.

Bei Gremien wie der Bürgerrechtskommission oder der Sozialkommission kann keine Politik gemacht werden. Dort werden Verwaltungsakte ausgeführt aufgrund vorhandener Gesetzgebung und auch kontrolliert. Das ist zum Beispiel auch bei der Baukommission der Fall, die aufgrund solcher Gesetze und fachliches Know-how über Angelegenheiten entscheidet. Eben dieser fachliche Hintergrund, den die Mitglieder dort mitbringen, ist viel relevanter als eine politische Ansicht, die nur dazu führen könnte, dass grosse Willkür entstehen könnte.

Geschätzte Ratskollegen, vergesst heute für einmal die politischen Gesinnungen und handelt im besten Willen der Stadt Kloten und ihrer Einwohner. Schiebt so einer Willkür den Riegel. Die Grüne Fraktion stimmt deshalb ganz klar gegen den Mehrheitsantrag der GOKO.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Ergänzung von Art. 4 Abs. 1. um lit. e. und f. und dementsprechender Verschiebung von lit. e zu g. wird mit 18 Ja : 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Wortmeldungen zum Folgeantrag

Rico Käser, SVP, Sprecher GOKO, erklärt: Da der Absatz 2 neu bis lit. g. geht, heisst das, dass für die Wahlen in Behörden Abs. 1 lit. a. bis g. der Wohnsitz in Kloten erforderlich ist.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Anpassung von Abs. 2 wird mit 18 Ja : 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Art. 5 Wahlbüro

Kein Änderungsantrag

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 6 Wahlverfahren

Die GOKO beantragt mehrheitlich Ergänzung von Art. 6 Abs. 1:

- Neue lit. c. die Mitglieder der Sozialkommission
- Neue lit. d. die Mitglieder der Bürgerrechtskommission

Wortmeldungen

Rico Käser, SVP, Sprecher GOKO, erklärt: Die Mehrheit der GOKO ist der Meinung, dass Art. 6 Abs. 1 mit lit. "c. die Mitglieder der Sozialkommission" und "lit. d. die Mitglieder der Bürgerrechtskommission" ergänzt wird, damit auch bei diesem Artikel das Volk mitentscheiden kann, wer in diesen Kommissionen Einsitz nehmen kann.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Ergänzung von Art. 6 Abs. 1. um lit. c. und d. wird mit 19 Ja : 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Art. 7 Obligatorisches Referendum

Art. 8 Fakultatives Referendum

Art. 9 Initiative

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

C. Gemeinderat

Art. 10 Zusammensetzung und Aufgabe

Die GOKO beantragt mehrheitlich eine Erhöhung der Gemeinderatsmitglieder auf 36 Mitglieder in Abs. 2 statt wie bisher 32 Mitglieder.

Wortmeldungen

Christoph Fischbach, SP, Sprecher GOKO: Eine Mehrheit der GOKO schlägt vor, den Gemeinderat auf 36 Personen zu erhöhen. Begründung ist, dass er repräsentativer wäre. Die Stadt Kloten hat mittlerweile 20'000 Einwohner. Deshalb wäre es aus Sicht der Mehrheit der GOKO sinnvoller und realitätsnäher, wenn wir 36 Gemeinderäte hätten.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO.

René Huber, Stadtpräsident: Der Stadtrat hat keine Haltung dazu. Er überlässt es dem Gemeinderat, wie gross er sich konstituieren möchte. Jede Grösse ist ok. Wir können mit jeder Grösse leben, die Richtigen müssen dabei sein.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Die Stadt Kloten und auch die Einwohnerzahl ist stetig am Wachsen. Die Bevölkerungszahl betrug vor 50 Jahren, als dieses Parlament zum ersten Mal getagt hat, 16'000 Einwohner. Heute sind es bereits über 20'000. Kloten ist in und wächst auch in der Attraktivität und Relevanz. Bauten wie "The Circle" bringen in Zukunft mehrere Tausend neue Arbeitsplätze, dadurch wird die Zahl der Einwohner ganz sicher nicht kleiner, sondern wird in gleicher Masse wachsen.

Auch die Arbeit in unserem Parlament wird durch das vielfältiger und komplexer. All dem wird Rechnung getragen mit einer Erhöhung von heute 32 auf 36 Ratsmitglieder.

Nur die zusätzlichen Kosten im Blick zu haben ist gar nicht weitsichtig und verfehlt ein adäquates Abbild von unserem Gremium gegenüber der gestiegenen Bevölkerungszahl.

Die Grüne Fraktion folgt deshalb dem Mehrheitsantrag der GOKO und ist für eine Erhöhung 36 Ratsmitglieder.

Philip Gehrig, FDP-Fraktion: Der Gemeinderat nimmt als Parlament eine sehr wichtige Rolle ein. Alle vier Jahre erhalten die Gemeinderäte das Vertrauen des Volks und führen die anvertrauten Aufgaben aus. Das sollte effizient und in vorsichtigem Umgang mit den Steuergeldern sein. So sollten wir auch die Änderungen beurteilen, die vorliegen. So auch die Frage um die Aufstockung des Gemeinderats.

Die Frage sollte sein: Was für einen Mehrwert bietet das oder ist es einfach eine künstliche Aufstockung und Beschäftigung von weiteren Lokalpolitikern. Die Finanzen wurden von Reto Schindler angesprochen. Die

Budgetzahlen aus dem Jahr 2019 ergeben dividiert durch 32 Gemeinderäten Kosten in Höhe von ca. 9'000 Franken, die ein Gemeinderat pro Jahr kostet, nicht was wir verdienen. Die Budgetzahlen 2020 würden das Resultat verzerren, da das 50 Jahre-Jubiläum zu Buche schlägt. Wenn man vier zusätzliche Gemeinderäte hochrechnet, käme man auf 36'000 Franken. Das ist viel Geld und braucht eine gute Begründung, ob diese vier zusätzlichen Gemeinderäte gewollt sind oder nicht. Mir fehlt die gute Begründung. Der Aufwand wurde erwähnt. Darüber waren wir uns alle bewusst, als wir gewählt wurden oder nachgerückt sind. Mich macht ein anderes Argument stutzig. Es wurde erwähnt, dass es viele Gemeinderäte gebe, die kein Kommissionsamt hätten und dass das schlecht sei. Bei einer Aufstockung hätten aber höchstwahrscheinlich noch mehr Gemeinderäte kein Kommissionsamt. Für mich ist das widersprüchlich. Zum Schluss: Eine Aufstockung kostet viel, bringt aber wenig Mehrwert. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion das ab und empfiehlt den Gemeinderäten es uns gleich zu tun.

Christoph Fischbach, SP-Fraktion: Als ununterbrochen amtsältester Gemeinderat möchte ich Replik nehmen zum Vorredner, dem amtsjüngsten Ratsmitglied. Das Argument mit den Kosten ist lächerlich. Wir schwimmen im Geld. Wir wissen schon fast nicht mehr, was wir mit dem Geld machen sollen. Wir liefern dutzende Millionen an den Steuerkraftausgleich, wollen ein Ausseneisfeld für 30 Mio. Franken machen, das ist finanziell alles kein Problem. Bei 36'000 Franken reden wir dann von einem hohen Betrag. Dann zum zweiten Thema, dass es Gemeinderäte gibt, die in keiner Kommission sind. Das können wir selber bestimmen. Deshalb sind wir auch gegen den Antrag der GRPK. Der Gemeinderat soll sich selber überlegen, wie er sich organisiert. Das gäbe die Möglichkeit Fachkommissionen zu bilden und die GRPK/RPK aufzuteilen. Es liegt in unserem Interesse das Gemeinderatsamt attraktiver zu machen bzw. mehr einzubinden. Das Argument der arbeitslosen Gemeinderäte, die es nicht gibt, zieht nicht. Die ganze Argumentation zielt an einer Erhöhung vorbei. Ich bin erstaunt, so etwas anhören zu müssen.

Roman Walt, glp-Fraktion: Wenn wir es von den Kosten haben, sind es wohl die Vorstösse, die die grössten Kosten verursachen, da diese Abklärungen auslösen. Egal ob 36 oder 32, ohne Vorstösse bleibt es kostengünstig. Bei der Erhöhung auf 36 Gemeinderäte geht es uns klar um die Repräsentation. Kloten ist gewachsen und wird weiterwachsen. Wir haben Quartiere, die sich entwickeln werden. Irgendwann stimmt das Verhältnis nicht mehr, wie viele Gemeinderäte die Bevölkerung repräsentieren. Wir erachten die Erhöhung auf 36 Sitze als eine moderate Erhöhung, da diese dem Wachstum Rechnung trägt. Deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag der GOKO betr. Erhöhung der Mitgliederzahl des Gemeinderats auf 36 Mitglieder wird mit 13 Ja : 15 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Stadtrats (32 Mitglieder) ist somit angenommen.

Art. 11 Interessenbindung

Art. 12 Wahlbefugnisse

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 13 Allgemeine Befugnisse

Die GOKO beantragt mehrheitlich lit. f. mit der Kenntnisnahme der Strategie des Stadtrats zu ergänzen. Neuer Wortlaut: f. die Kenntnisnahme des Leitbildes und der Strategie des Stadtrates

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, Sprecher GOKO: Es geht um einen fehlenden Eintrag in Abs. f). "und der Strategie" des Stadtrats.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Ergänzung der Kenntnisnahme der Strategie des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Art. 14 Rechtsetzungsbefugnisse

Art. 15 Planungsbefugnisse

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 16 Finanzielle Befugnisse

Die GOKO beantragt mit Minderheitsantrag die Nichtstreichung von Art. 16 Abs. 2 lit. a (Antrag gemäss Beschluss des Stadtrats Nr. 171-2019).

Wortmeldungen

Rico Käser, SVP: Eine *Minderheit* der **GOKO** will, dass beim Artikel 16 "finanzielle Befugnisse" in Abs. 2 lit. a. die "Regelung des mittelfristigen Ausgleichs" nicht aus der Gemeindeordnung gestrichen werden soll. Wir sind der Meinung, dass ein Ausgleich bei den Finanzen wichtig ist und nicht Tür und Tor geöffnet wird, mit Geld unsorgsam umzugehen. Deshalb beantragt eine Minderheit der GOKO auf Nichtstreichung dieses Artikels.

Mark Wisskirchen, Stadtrat: Die Streichung des Artikels befähigt den Gemeinderat, mehr Kompetenzen zu bekommen. Es geht nicht darum, dass uns das Geld einfach durch die Finger läuft und wir alle Befugnis haben und entsprechend unsere finanzpolitischen Ziele nicht mehr einhalten würden. Wir haben finanzpolitische Ziele festgesetzt, das wissen alle hier im Saal. Die Rollende Finanzplanung wird auch immer überarbeitet, neu aufgestellt und kontrolliert. In einer Medienmitteilung zur Rechnung 2018 konnte gelesen werden, dass alle finanzpolitischen Ziele eingehalten wurden. Der mittel- und langfristige Rechnungsausgleich sind enthalten, so auch die Begrenzung von Substanz und Verschuldung und weiteres. Wir in der Stadt Kloten haben schon lange eine Schuldenbremse eingeführt, aber der Kantonsrat hat im Schnellzugstempo die Gesetzesänderung vorgenommen in diesem Frühling. Deshalb ist die Anpassung in der Gemeindeordnung nur sinnvoll, um dem Kantonsrat bzw. übergeordnetem Gesetz zu folgen und den Artikel zu streichen. Sonst beschneiden wir uns selbst. Sollte in dieser Angelegenheit künftig eine Änderung gewünscht sein, müsste das Volk wieder an der Urne darüber entscheiden. Mit dem Entfall einer zwingenden Regelung in der Gemeindeordnung, tun wir uns einen Gefallen im Sinne von mehr Kompetenz, Flexibilität und Freiheit des Gemeinderats. Deshalb empfehle ich die Streichung.

Keine weitere Wortmeldung aus der GOKO.

Roman Walt, glp-Fraktion: Wir verstehen das Anliegen der Minderheit der GOKO, im Sinne gesunder Gemeindefinanzen und Ausgabendisziplin diese Regelung in der Gemeindeordnung zu belassen. Auf der anderen Seite bleiben auch ohne diese Regelung die Vorgaben, eine nachhaltige, möglichst ausgeglichene Finanzpolitik zu betreiben, bestehen. Die Paragraphen 92 und 93 im Gemeindegesetz schreiben weiterhin vor, wie hoch Aufwandüberschüsse im Budget maximal sein dürfen und dass Aufwandüberschüsse innert 5 Jahren wieder abzutragen

sind. Mit der finanzpolitischen Reserve hat die Stadt zudem die Möglichkeit, auf kurzfristig nötige Aufwände reagieren zu können. Und über die Budgetgenehmigung und den Steuerfuss hat der Gemeinderat weiterhin direkten Einfluss auf kurz- und mittelfristige Finanzentwicklungen.

Wenn wir die entsprechende Diskussion im Kantonsrat anschauen, dann kann die Fokussierung auf einen mittelfristigen Ausgleich auch hinderlich sein kann: Angehäuftes Finanzvermögen kann nicht eingesetzt, Defizite und Nettoschulden nicht abgebaut, Investitionen nicht getätigt und auf kurzfristig veränderte Marktverhältnisse nicht reagiert werden, wenn die Finanzpolitik mittelfristig ausgeglichen sein muss. Einstimmig wurde im Kantonsrat die Streichung des mittelfristigen Ausgleichs angenommen, per 1. Juni 2019 trat die Änderung in Kraft.

Auch wenn sich die entsprechende Kantonsratsdebatte nicht 1:1 auf Kloten übertragen lässt, so bleibt die fehlende Flexibilität Hauptkritikpunkt. Diese sollte aber gerade für Kloten mit schwer planbaren Steuererträgen ermöglicht werden. Mit der Streichung verliert der Gemeinderat auch keine Kompetenzen in der Finanzpolitik, entsprechend unterstützt die glp den Vorschlag des Stadtrats auf Streichung und lehnt den Minderheitsantrag der GOKO auf Nichtstreichung ab.

Andreas Keller, FDP-Fraktion: Der Artikel 16. Abs. 2 lit. a. sieht die Regelung des mittelfristigen Ausgleiches der Rechnung vor. Es handelt sich um eine im Volksmund genannte „Schuldenbremse“. Auf nationaler Ebene haben wir diese Schuldenbremse nach wie vor. Die Schweiz ist nicht zuletzt dank der Einführung dieser Schuldenbremse ganz gut durch die Finanz- und Europakrise gekommen.

Der Stadtrat begründet die Streichung damit, dass „die Stadt mehr Spielraum erhalte...“ und „die spezielle Situation der Stadt Kloten mit möglichen starken Schwankungen bei den Steuereinnahmen bei juristischen Personen...“

Um diesen mittel- bis langfristigen Ausgleich zu berechnen werden drei abgeschlossene Jahre und fünf Planjahre verwendet. Bereits hier hat die Stadt Kloten Spielraum bzw. wirtschaftliche Schwächen könnten bereits hier abgedeckt werden. Zudem hat die Stadt Kloten mit den finanzpolitischen Reserven ein Gefäss geschaffen mit dem Ziel 90 Mio. Reserven zu bilden um in ausserordentlichen Situationen, wie z.B. damals beim Swissair-Grounding, angemessen reagieren zu können und genügend Luft zu haben, ohne dass die Steuern erhöht werden müssen.

Diese Schuldenbremse soll unbedingt auch weiterhin in der Gemeindeordnung sein, damit es auch den nächsten Generationen der Stadt Kloten finanziell gut geht und dies ohne, dass der finanzielle Raum eingeschränkt wird.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Minderheitsantrag der GOKO betr. Beibehaltung/Nichtstreichung von Art. 16 Abs. 2 lit. a wird mit 15 Ja : 13 Nein-Stimmen zugestimmt. Die vom Stadtrat beantragte Streichung von Art. 16 Abs. 2 lit. a ist somit abgelehnt.

Art. 17 Parlamentarische Instrumente

Eine Minderheit der GOKO beantragt die Nichtstreichung von alt Art. 23 betr. GRPK (1 Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) besteht aus neun Mitgliedern einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten. 2 Sie prüft alle Anträge an den Gemeinderat, sofern keine Spezialkommission darüber befindet. 3 Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission prüft die Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Führung der Gemeindefinanzen.) und Einfügung unter neuer Artikelnummer.

Bei Annahme würden die nachfolgenden Artikel um eine Zahl erhöht.

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP erklärt, eine **Minderheit** der **GOKO** beantrage die Nichtstreichung von alt Art. 23 mit dem obigen Wortlaut. Begründung: Die GRPK soll neu nur im Organisationerlass des Gemeinderats geregelt werden. Das Gemeindegesetz regelt in Art. 58-62 die Rechnungsprüfungskommission (RPK) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK), daher kann die zusammengeschlossene GRPK durchaus in der Gemeindeordnung belassen werden. Es stellt sich die Frage, ob wir die GRPK überhaupt in eine RPK und GPK aufteilen möchten. Wir sind als Minderheit der GOKO der Meinung, dass wir die GRPK, so wie sie jetzt erfolgreich besteht, in der GO belassen sollen.

René Huber, Stadtpräsident: Der Stadtrat ist der Meinung, dass dieser Passus bzw. diese Regelung nicht in die Gemeindeordnung, sondern ganz klar in die Geschäftsordnung des Gemeinderats gehört. Die Ausarbeitung beginnt in Kürze. Man ist dann je nach Entwicklung flexibel. Falls eine Trennung der Kommissionen oder eine Änderung der Mitgliederzahl künftig Thema sein sollte, bleibt man flexibel. Sonst braucht es eine Änderung der Gemeindeordnung und eine Volksabstimmung. Ich glaube nicht, dass eine Trennung der Kommission die Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung wahnsinnig interessieren würde. Nehmt euch die Freiheit und nehmt diesen Artikel in die Geschäftsordnung des Gemeinderats. Bleibt somit flexibel.

Tim Häfliger, EVP-Fraktion: Den Sinn für diesen Artikel verstehe ich von A bis Z nicht. Wir schränken uns selbst ein, wie das Stadtpräsident René Huber eben gesagt hat. Für eine Änderung in der GRPK bräuchte es jedes Mal eine Volksabstimmung, z.B. bei einer Anpassung der Mitgliederzahl oder einer Aufteilung in GPK und RPK.

Zurzeit arbeiten wir im Gemeinderat in einer Zweiklassengesellschaft. Jene Gemeinderäte mit vollem Einblick in die Geschäfte und jene, die «nur» an den Gemeinderatssitzungen selbst zu Wort kommen. Ohne diesen Artikel haben wir Gestaltungsfreiraum und können so auch der Zweiklassengesellschaft entgegenwirken.

Die Argumente «Die GRPK kann man nicht aufteilen», «Es wäre nicht klar, welche Kommission für was zuständig ist» halten nicht. Dies zeigen Beispiele aus 10 von 13 Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich. Bülach, Opfikon, Adliswil, Dietikon, Illnau-Effretikon, Schlieren, Uster, Wetzikon, Winterthur und Zürich. In diesen Parlamentsgemeinden funktioniert die Aufteilung sehr gut. Deshalb ist die EVP klar gegen die Nichtstreichung der Art. 23 aussprechen.

Roman Walt, glp-Fraktion: Wir haben es heute schon gehört, Kloten entwickelt sich und mit ihr die Anforderungen an Verwaltung und Politik. Was heute noch Bestand hat und funktioniert - Peter Nabholz hat die gut funktionierende GRPK erwähnt - kann morgen nicht mehr die geeignete Lösung sein. Mit zunehmenden Aufgaben an den Gemeinderat, komplexen Vorlagen, Anzahl an Geschäften etc. kann es sein - und ich betone, *kann!* - dass die GRPK in der heutigen Form in naher oder ferner Zukunft in der jetzigen Form nicht mehr genügt, um ihre Aufgaben zielführend zu bewältigen. Die GRPK als beständige Kommission des Gemeinderats muss dann die Möglichkeit haben, sich zu verändern, sowohl in Grösse als auch in ihrer Form.

Wie sich das Parlament organisiert, da stimme ich unserem Stadtpräsident 100% zu, legt es im von der Gemeindeordnung vorgegebenen Rahmen über ein Geschäftsreglement selbst fest. Es ist also nur konsequent, dass die Ausgestaltung der GRPK oder einer GPK und einer RPK im Geschäftsreglement festgelegt wird, und nicht in der Gemeindeordnung. Anpassungen an den administrativen Abläufen des Parlaments müssten sonst jedes Mal vor das Volk, konsequenterweise jede Anpassung. Bei allem Respekt vor der direkten Demokratie, das rechtfertigt weder Inhalt noch Aufwand. Entsprechend unterstützen wir den Antrag auf Nichtstreichung nicht.

Christoph Fischbach, SP: Ich möchte ergänzend sagen, dass ich auch acht Jahre in der GRPK war und mitreden kann. Ich habe im Moment das Gefühl, dass die GRPK eine gute Arbeit macht. Von aussen betrachtet habe ich aber das Gefühl, dass die GRPK sobald das Budget kommt von der Arbeitsauslastung am Limit ist. Der Schnauf für weitere Geschäfte fehlt dann. Dementsprechend würde ich es begrüssen, wenn man in Zukunft kreativere Lösungen was Kommissionen betrifft, möglich sind. So könnte die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden. Die Arbeitsbelastung ist auch immer ein Thema. Entsprechend würde ich dem Gemeinderat vorschlagen, damit er sich selber organisieren kann und soll, dies nicht in der Gemeindeordnung festzuhalten. Neue Lösungen sind gefragt. Tim Häfliger hat es erwähnt, in fast allen Parlamentsgemeinden ist das bereits so. So könnten auch mehr Gemeinderäte eingebunden werden und das Gemeinderatsamt könnte noch spannender sein.

Marco Vollenweider, FPD-Fraktion: Die Fraktion der FDP ist der Meinung, die GRPK aus folgenden Gründen so bestehen zu lassen wie jetzt. Eine Aufteilung ergibt nur eine Schnittstellenproblematik. GPK und RPK werden nur teilweise eingesetzt. So muss z.B. die RPK das Budget und die Jahresrechnung prüfen. Da sind fünf Personen viel zu wenig, um adäquat alle Cockpits genau zu prüfen. Eine Aufteilung stellt vor allem die kleineren Parteien vor Probleme, da sie nicht überall vertreten sein können. Es gehen wichtige Erkenntnisse aus Gesprächen innerhalb der beiden Kommissionen verloren. Wenn die GRPK in der Gemeindeordnung belassen wird, kann diese nicht aufgeteilt werden. Wenn die GRPK lediglich im Organisationserlass erwähnt wird, dann kann sie geteilt werden.

Reto Schindler, Grüne Fraktion: Ich bin auch einer der erstklassigen Gemeinderäte. Es wundert mich nicht, dass man die GRPK in der Gemeindeordnung festhalten will. Wir mussten feststellen, dass die grösste Fraktion auch im Gemeinderat lange Mühe hatte, Mitglieder nachzuziehen, die sie in der GRPK vertreten. Das ist nicht verwunderlich.

Pascal Walt, CVP, GRPK Präsident. Vielleicht wiederhole ich mich. Es funktioniert mit den Leuten, die wir haben. Jedes Geschäft hat finanzielle Auswirkungen. Das auseinanderzunehmen finde ich persönlich nicht gut. Entsprechend würde ich die GRPK in der Gemeindeordnung belassen.

Abstimmungen

Der Antrag der Minderheit der GOKO betr. Nichtstreichung von alt Art. 23 betr. GRPK wird mit 15 Ja : 13 Nein-Stimmen angenommen.

Sämtliche Artikelnummern verschieben sich somit in der definitiven Fassung um eine Artikelnummer. Bei der heutigen Behandlung im Gemeinderat verzichten wir, die Verschiebung einzubauen.

Keine weitere Wortmeldung zu Art. 17, stillschweigende Annahme

Art. 18 Kinder- und Jugendparlament

D. Verwaltungsbehörden

Art. 19 Geschäftsführung

Art. 20 Offenlegung der Interessenbindungen

Art. 21 Beratende Kommissionen und Sachverständige

Art. 22 Aufgabenübertragung an Mitglieder oder Ausschüsse

Art. 23 Zusammensetzung und Aufgabe

Art. 24 Organisation

Art. 25 Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Art. 26 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Art. 27 Rechtssetzungs- und Planungsbefugnisse

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 28 Finanzielle Befugnisse

Es liegen mehrere Anträge zu diesem Artikel vor. Der Vorsitzende erklärt den Ablauf.

- (1.) Mehrheitsantrag GOKO, Änderung Art. 28 Abs. 2 lit. c und e, Sprecher Peter Nabholz
- (2.) Mehrheitsantrag GOKO, Änderung Art. 28 Abs. 2 lit. d und f, Sprecherin Irina Bannwart
- (3.) Mehrheitsantrag GOKO auf Streichung Art. 28 Abs. 2 lit. k und l, Sprecher Mats Rieder
- (4.) Zwei Anträge FDP, Änderung Art. 28 Abs. 2 lit. d und f, Sprecher Peter Nabholz

(1.) Mehrheitlicher Antrag GOKO (Referent Peter Nabholz):

Anpassung von Art. 28 Abs. 2 lit. c. und e.:

- Änderung Art. 28 Abs. 2 lit. c. und e.: "einen bestimmten" ersetzen durch "den bezeichneten" in Anlehnung an GG § 113

Wortmeldung

Peter Nabholz, FDP, erklärt namens einer **Mehrheit** der **GOKO**: Nach dem Vorliegen der Synoptik ist uns aufgefallen, dass "für einen bestimmten Zweck" durch "für den bezeichneten Zweck" zu ersetzen ist. Die beiden Literas sind jeweils bereits im Budget drin. Der Zweck der finanziellen Befugnisse, die im Budget enthalten sind, wurde schon bezeichnet und ist nicht mehr zu bestimmen. Die Anpassung wurde mit Mailanfrage vom 06.1.2019 noch gemacht.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO auf Anpassung von Art. Art. 28 Abs. 2 lit. c. und e. wird mehrheitlich zugestimmt.

(2.) Mehrheitlicher Antrag GOKO, stilistische Anpassungen (Referentin Irina Bannwart):

- Art. 28 Abs. 2 lit. d. (stilistisch) die Bewilligung neuer einmaliger und im Budget nicht enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 250'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 1 Mio. pro Jahr.
- Art. 28 Abs. 2 lit. f. (stilistisch) die Bewilligung neuer, jährlich wiederkehrender und nicht im Budget enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 30'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 250'000 pro Jahr.

Wortmeldung

Irina Bannwart, CVP, erklärt namens einer **Mehrheit** der **GOKO**: Es handelt sich bei lit. d und f um die Formulierung der Kostendeckelung. Diese war aus Sicht der GOKO eher holprig und schwer verständlich. Mit der Formulierung "bis zu (Frankenbetrag) im Einzelfall" und "insgesamt höchstens (Frankenbetrag) pro Jahr" soll die Formulierung klarer werden.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. stilistischen Anpassungen gemäss Mehrheitsantrag der GOKO in Art. 28 Abs. 2 lit. d. und f. wird einstimmig zugestimmt.

(3.) Streichung (Referent Mathias Rieder):

- Art. 28 Abs. 2 lit. k. und l.

Wortmeldung

Mathias Rieder, glp, erklärt eine **Mehrheit** der **GOKO** befürworte die Streichung von Art. 28 Abs. 2 lit. k. und l.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem Antrag der GOKO auf Streichung von Art. 28 Abs. 2 lit. k. und l. wird mit 21 Ja : 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

(4.) Die FDP beantragt folgende wertmässigen Anpassungen (Referent Peter Nabholz):

- Art. 28 Abs. 2 lit. d. (wertmässig) die Bewilligung neuer einmaliger und im Budget nicht enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 125'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 500'000 pro Jahr.
- Art. 28 Abs. 2 lit. f. (wertmässig) die Bewilligung neuer, jährlich wiederkehrender und nicht im Budget enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 30'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 200'000 pro Jahr.

Wortmeldungen lit. d

Peter Nabholz, FDP-Fraktion: Wir sind der Überzeugung, dass eine Viertelmillion für neue, im Budget nicht enthaltene Ausgaben entschieden zu hoch ist. Hier wird die Budgethoheit der Volksvertretung ad absurdum ausgeführt.

René Huber, Stadtpräsident: Die Strafkation, die die FDP gegen den Stadtrat vorhat, kann nicht unbeantwortet bleiben. Wir verstehen den Hintergrund nicht. Die Annahme würde einen Rückfall in Steinzeit bedeuten. Seit fast 20 Jahren bestehen unveränderte Kompetenzen. Es gab zwischenzeitlich eine Teuerung. Eigentlich gäbe es Anpassungsbedarf auf Erhöhung der Kompetenz. Wir haben die Kompetenz nie missbraucht und ganz selten angemeldet. Wir haben auf die teuerungs- und wachstumsbedingte Erhöhung verzichtet. Dem Gemeinderat haben wir sie gegeben. Das ging stillschweigend durch vorhin, das ist auch in Ordnung so. Aber wir sind nicht bereit 50% der Kompetenz hinzunehmen. Wir sind die drittgrösste Stadt im Kanton Zürich, wenn man Arbeitsplätze und Einwohner zusammenzählt. Nach dem Vorliegen der beantragten Fr. 125'000, habe ich eine Liste des Gemeindeamts mit den Kompetenzen ausserhalb des Budgets analysiert. 50 Städte und Gemeinden im Kanton Zürich haben höhere Kompetenzen als Kloten. Wir machen uns lächerlich, wenn wir den Antrag annehmen. Wir bewegen uns dann in der Gegend von Wasterkingen, Glatt- und Hochfelden. Ich denke, das zielt sich für eine Flughafenstadt. Ich bitte dringendst, den Antrag abzulehnen.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Jetzt geht es ums Eingemachte. Wir reden über den Artikel, welcher heute Abend sicherlich am meisten Emotionen auslösen wird. Der Stadtrat ist das ausführende Organ unserer Stadt.

Er steuert und navigiert dieses Schiff namens Kloten aufgrund von Richtlinien und Finanzkompetenzen, die wir Stadtparlamentarier ihm vorgegeben haben.

Aus Sicht der Grünen Fraktion ist es sicher nicht so, dass man behaupten könnte, dass der Stadtrat dieses Schiff die ganze Zeit durch Stürme und Hurrikans steuert und nur unsichere Häfen anfährt. Nein überhaupt nicht. Aus unserer Sicht handelt dieses Steuerorgan meistens sehr bedacht und im Sinne dessen, was am besten für eben dieses Schiff ist.

Jetzt will man ihm das Vertrauten absprechen und das Steuer selber in die Hand nehmen, indem man die Segel so stark verkleinert, dass wir uns nicht fragen müssen, wenn die sicheren Häfen gar nicht mehr angesteuert werden können. Das geht gar nicht meine werten Ratskollegen. Dieser Antrag zeigt ein Misstrauen sondergleichen, welcher unser Steuermann ganz sicher nicht verdient hat. Er hat unser Vertrauen bis jetzt nicht missbraucht und das Schiff fast immer in die richtige Richtung gelenkt.

Das einzige, was dieser Antrag bewirkt ist, dass wir Gemeinderäte viel mehr Sitzungen haben werden, weil der Stadtrat praktisch handlungsunfähig gemacht wird, nur um den Machtgelüsten einiger Gemeinderäte zu entsprechen, was ganz sicher nicht im Sinne von einer positiven Entwicklung von unserer Stadt ist.

Wir Grüne lehnen diese Strafsanktion gegenüber unserem Steuermann und auch alle weiteren, die im Verlaufe dieser Beratung noch folgen werden, entschieden ab.

Tim Häfliger, EVP-Fraktion: Der Stadtrat ist genau wie wir vom Volk gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger sprechen mit der Wahl auch ihr Vertrauen an die Stadträtinnen und Stadträte aus. Wieso herrscht hier denn so ein Misstrauen aus der FDP gegenüber dem Stadtrat? Der Stadtrat hat, wie der Stadtpräsident vorhin ausgeführt hat, die Befugnisse bzw. Finanzkompetenzen nie ausgenutzt in den letzten Jahren. Mit der Kürzung der Beträge müsste uns der Stadtrat wegen jedem Tüpfelweiss fragen. Diese Kürzungen sind ein bürokratischer Unsinn und bedeuten schlussendlich mehr Sitzungen und mehr Kosten, und dies aus der FDP.

Philipp Gehrig, FDP: Wenn der Stadtrat das in den letzten 20 Jahren nie ausgeschöpft hat, wieso will er es dann? Es geht uns nicht wie vorgeworfen um Misstrauen gegenüber dem Stadtrat, sondern um die Stärkung einer Kompetenz des Gemeinderats, nämlich der Budgethoheit. Natürlich kann auch bei einem seriös geplanten Budget immer etwas passieren. Etwas Unvorhergesehenes, das plötzlich die Fr. 125'000 übersteigt. Der Stadtrat kann dann über die Fr. 125'000 verfügen und für den übrigen Betrag eine Vorlage zuhanden des Gemeinderats ausarbeiten. Es hat einen weiteren Nebeneffekt, wenn der Gemeinderat eine gestärkte Budgethoheit hätte. Die Ausgaben wären dann stärker und breiter gestützt.

Roman Walt, glp: Die FDP riskiert durch die Herabsetzung der Finanzkompetenz, dass wir im Gemeinderat mehr Geschäfte zu behandeln haben. Gleichzeitig haben wir vorhin die Grösse auf 32 Mitglieder festgeschrieben und die GRPK in ihrer Form festgelegt. Ich sehe Gefahr, dass plötzlich die politischen Organe in Kloten nicht mehr funktionieren, weil sie mit der Arbeitsbelastung nicht mehr nachkommen. Die bürgerliche Seite bzw. die FDP hätte sich das vorher überlegen sollen. Der Höchstbetrag zu verkleinern ist eine arithmetische Kürzung, diese unterstützen wir nicht.

René Huber, Stadtpräsident: Ich habe nie gesagt, wir hätten den Betrag nie ausgeschöpft. Natürlich hat es Fälle gegeben, in denen der Betrag ausgeschöpft werden musste. Ich sagte, dass wir ihn nie missbraucht haben. Die Ausgabendisziplin des Stadtrats ist in vielen Rechnungsabnahmen gelobt worden. Schauen Sie in den letzten 15 oder 20 Jahren in den Wortprotokollen nach. Es kam nie eine Rüge gegenüber dem Stadtrat, dass dieser doch sehr grosszügig sei. Dass der Gemeinderat mehr Arbeit hätte, wäre mir eigentlich egal, das wäre ja noch spannend. Es ginge aber zu Lasten des Tempos. Es gibt manchmal Entscheide, die schnell gefällt werden

müssen und bei denen es keinen Sinn macht, lange zu warten, bis das Budget verabschiedet ist. Manchmal hat man die Zeit einfach nicht.

Abstimmungen

Der FDP-Antrag der wertmässigen Anpassung von Art. 28 Abs. 2 lit. d. wird mit 7 Ja : 14 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Wortmeldungen lit. f

Peter Nabholz, FDP-Fraktion: Wir sind der Überzeugung, dass Fr. 200'000 pro Jahr zu hoch ist für im Budget nicht enthaltene Ausgaben. Ich möchte noch zur Arbeitsbelastung anfügen, dass es jedem freisteht, wenn er zu viel zu tun hat im Gemeinderat, dass er nicht mehr antritt. Das ist vielleicht auch ein bisschen pauschal gemeint, aber wer sich fürs Volk aufstellen lässt, muss hin und wieder ein bisschen mehr arbeiten. Die Arbeitsbelastung ist heute hoch, für alle zusammen. Aber das als Argument zu führen finde ich lächerlich.

Der Vorsitzende mahnt, es sei jedem das Recht, seine Argumente zu bringen. Er bitte alle beim Artikel zu bleiben.

René Huber, Stadtpräsident: Dieser Antrag ist nicht nötig, da die Deckelung kann auch bei Fr. 250'000 belassen werden. Dies wurde noch nie ausgeschöpft.

Abstimmung

Der Antrag der FDP betr. wertmässigen Anpassung von Art. 28 Abs. 2 lit. f. wird mit 9 Ja : 14 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Art. 29 Delegation von Kompetenzen

Art. 30 Polizeirichteramt

Art. 31 Stadtschreiberin oder Stadtschreiber

Keine Änderungsanträge.

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

19.48 – 20.05 Uhr Pause

Art. 32 Organisation Führung und Aufgaben der Stadtverwaltung

Die GOKO beantragt mehrheitlich die zusätzlichen Abs. 6 und 7 mit folgendem Wortlaut:

- ⁶ Der Stadtrat prüft regelmässig, ob die einzelnen öffentlichen Aufgaben notwendig sind.
- ⁷ Bevor eine neue Aufgabe übernommen wird, legt der Stadtrat deren Finanzierbarkeit dar.

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, Sprecher GOKO: Beide Absätze stehen in Art. 95 Abs. 3 und 4 der Kantonsverfassung. Die sind so geregelt und sollen auch so auf die Gemeinden übertragen werden.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. neuen Abs. 6 und 7 des Art. 32 wird mit 18 Ja : 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Art. 32bis Energiekommission

Die Diskussion um Art. 32^{bis} wird nach hinten verschoben, um diese zusammen mit Art. 47 zu führen.

Art. 33 Bestand der Schule

Art. 34 Allgemeine Befugnisse

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 35 Zusammensetzung

Die GOKO beantragt mehrheitlich die Mitgliederzahl der Schulpflege von 6 auf 8 Mitglieder zu erhöhen.

Wortmeldungen

Philip Graf, SP, Sprecher GOKO: Der Stadtrat hat vorgeschlagen, die Schulpflege von 10 Mitgliedern (Stand heute) auf 6 zu reduzieren. Dies begründet er damit, dass durch die Schaffung der Schulleitung viele Kompetenzen der Schulpflege an diese überführt werden konnte. Deshalb braucht es nun nicht mehr 10 Mitglieder. Das leuchtet uns allen ein. Trotzdem findet eine Mehrheit in der GOKO die Reduktion von 10 auf 6 etwas zu extrem, da mit nur noch 6 Mitgliedern die Klotener Parteienlandschaft in dieser Schulpflege nicht mehr ordentlich abgebildet werden kann. Deshalb schlägt diese Mehrheit vor, die Reduktion auf 8 Mitglieder zu begrenzen.

Irina Bannwart, CVP: Eine **Minderheit** der **GOKO** ist gegen den Antrag, die Mitgliederanzahl der Schulpflege auf 8 festzulegen und ist somit der gleichen Meinung des Stadtrats. Mit 6 Schulpflegemitgliedern können die Arbeiten und Aufgaben in der Behörde ohne Probleme bewältigt werden. So wie die Stadtverwaltung hat auch die Schule Kloten als Einheitsgemeinde das Modell mit einer Geschäftsleitung. Somit wird die Schulleitung professionell von der Geschäftsleitung unterstützt und viele anfallenden Verwaltungsarbeiten können so bewältigt werden. Ebenfalls ist es so, dass seit der Einführung der Schulleitungen sie Kompetenzen haben, die nicht mehr durch die Schulpflege abgewickelt werden müssen. Als Beispiel zu nennen sind die Mitarbeiterbeurteilungen. Die Aufgabe wird von den Schulleitungen der jeweiligen Schuleinheit übernommen. Die Beurteilungsbesuche bei den Lehrpersonen werden ebenfalls von den Schulleitungen durchgeführt. Auch an den entsprechenden Beurteilungsgesprächen sind nur die Schulleitungen involviert. Die Schulpflege prüft und nimmt die entsprechenden Berichte mit den Bewertungen der Mitarbeiterbeurteilungen der Lehrpersonen nur noch ab. Der ganze Prozess ist viel schlanker und bedarf nicht mehr einer grossen Schulpflege. Damit die Schule Kloten schlank, effizient und innovativ weitergeführt wird, begrüsst eine Minderheit der GOKO den Vorschlag des Stadtrats, die Mitgliederzahl der Schulpflege auf 6 zu reduzieren.

Kurt Hottinger, Stadtrat: Die operativen Leitungsaufgaben werden vollumfänglich von den Schulleitenden, der Geschäftsleitung und der Bereichsleitung übernommen. Die Schulbehörde hat reine strategische Aufgaben. Auch wenn die Schülerzahlen wachsen, nehmen die strategischen Aufgaben nicht proportional zu. Von diesem Standpunkt besteht kein Grund, nur auf 8 Mitglieder zu reduzieren. Auch die Mitarbeiterbeurteilungen wurden

schon genannt. Ich nenn noch das Beispiel der Schulbesuche. Früher haben diese die Schulbehörde, die Mitglieder der Schulpflege, durchgeführt. Das ist heute nicht mehr so. Es werden reduzierte Schulbesuche gemacht. Es werden noch Beobachtungsschwerpunkte angeschaut zusammen. Das bedeutet viel weniger Aufwand und die strategischen Aufgaben können durchaus mit 6 Schulpflegemitgliedern perfekt erledigt werden. Ich unterstütze meinerseits die Reduktion auf 6.

Tanja Woodhatch, EVP-Fraktion: Aus der Praxis ist zu vernehmen, dass es bereits jetzt für die Mitglieder der Schulpflege schwierig ist, die Arbeitslast bei so vielen verschiedenen Schulhäusern zu bewältigen. zu übernehmen. Gibt es dann noch zusätzlich Konflikte oder schwierige Situationen, erhöht das den Aufwand für die Mitglieder der Schulpflege sofort enorm für Gespräche oder Sitzungen. Aus der Vergangenheit wissen wir alle, dass die Wogen noch nicht geglättet sind. Da erstaunt es uns zutiefst, dass die Verkleinerung auf 6 Personen überhaupt vorgeschlagen wird. Bei so wenigen Personen, ist auch der Bezug zur Basis nicht gegeben und die verantwortungsvolle Arbeit kann nicht seriös bewältigt werden. Ebenso, wie schon erwähnt, können die politischen Kräfte nicht sinnvoll repräsentiert werden. Deshalb ist die EVP ganz klar für eine Reduktion auf mindestens 8 Personen und sicher nicht 6.

Roman Walt, glp-Fraktion: Die glp-Fraktion spricht sich einstimmig für 8 anstatt 6 Schulpflegemitgliedern aus. Eigentlich wären wir dafür, die Grösse bei den aktuell 10 Mitgliedern zu belassen und den zuständigen Stadtrat direkt durch das Volk wählen zu lassen, gerade weil das Thema Schule und Bildung ein gesellschaftlich wie politisch zentrales und wichtiges Thema ist und die Verantwortlichkeiten klar definiert sein sollten. Aber die Anpassung des Wahlsystems ist im Gemeinderat momentan nicht mehrheitsfähig und uns ist auch klar, dass sich die Aufgaben der Schulpflege in den letzten Jahren verändert haben. Unter dem Begriff "Geleitete Schulen" sind den Schulleitern und den Bildungsverantwortlichen in der Verwaltung mehr Kompetenzen zugewiesen worden, damit die Milizbehörde - die Schulpflege - etwas entlastet werden kann. Die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben sollen jetzt auch umgesetzt werden.

Gleichzeitig - und so steht es im öffentlich zugänglichen "Handbuch des Volksschulamtes für Schulbehörden und Schulleitungen" - sollen trotz Stärkung der "Bildungsprofis" und des Verwaltungsapparats die positiven Aspekte des Milizsystems bei der Schulpflege erhalten bleiben.

- Ressourcen und Fähigkeiten von Personen, die sonst nicht zur Verfügung stehen würden, sollen nutzbar gemacht werden
- Lehrpersonen müssen sich in ihrer Arbeit mit «Nicht-Pädagogen» auseinandersetzen und ihre Arbeit plausibel darstellen. Sie müssen sich also öfters auch hinterfragen oder sich quasi einen Spiegel vorhalten.
- Kosteneinsparung vom Milizsystem gegenüber einem reinen Beamtenapparat.
- Die Einbindung von Volksvertretern in die Schule stärkt den Rückhalt in der Bevölkerung,
- denn, Zitat: "Die Schule ist eine zu wichtige Angelegenheit, als dass sie nur den Pädagogen und Beamten überlassen werden kann"

Wir befürchten, dass bei einer quasi Halbierung der Schulpflege auf 6 Mitgliedern zu viele dieser Vorteile verloren gehen und sich das Machtgefälle weiter und zu stark hin zum Verwaltungsapparat verschiebt.

Klammerbemerkung: Vorhin haben wir über die Sozialkommission und Bürgerrechtskommission gesprochen. Genau dieses Machtgefälle ist ein Aspekt, den wir im Auge behalten müssen. Wir laufen in Gefahr bei zu viele Behörden/Kommissionen dem Stadtrat zuschieben, dass wir die Bevölkerung nicht mehr abholen. So könnte sich die Verwaltung quasi verselbständigen und die Bürger fühlten sich nicht mehr repräsentiert.

Die aktuell noch 10 Mitglieder sind von der Bevölkerung direkt ins Amt gewählt worden und ihr gegenüber direkt verantwortlich für Wirkung und Entwicklung der Schule. Nicht die Schulleiter, nicht die Geschäftsleitung und nur indirekt das Präsidium, welches durch den Stadtrat aus seinen Reihen bestimmt wird. Das Volksschulgesetz sagt im Paragraph 42 klipp und klar: "Die Schulpflege leitet und beaufsichtigt die Schulen" (§42). Die Schulpflege

hat die Verantwortung über unsere Schule und das heisst im Wesentlichen: Vorausschauen, planen, entscheiden und kontrollieren. Die Verwaltung, Schulleitenden und Lehrpersonen nutzen den entsprechenden gewährte Spielraum im operativen Geschäft.

Mit der Reduktion auf 6 Mitgliedern entscheiden noch knapp eine Hand voll Personen über die Führung unserer Schule in Kloten, ohne breite Diskussion und breite Abstützung. Je weniger Personen, umso weniger Meinungen, wenig bis gar keine Diskussion. Dabei tut es den Bildungsprofis, Verwaltungsangestellten, Geschäftsführerinnen und den Präsidenten der Schulpflege gut, sich immer mal wieder den Spiegel vorzuhalten, die eigene Meinung zu hinterfragen und mit den anderen, vom Volk gewählten Mitgliedern der Schulpflege auf Augenhöhe zu diskutieren. Vielleicht bekommt man so neue Erkenntnisse, vielleicht ist man selber ja mal falsch gelegen.

Schlussendlich - und da sind wir uns hoffentlich einig - sollen alle Entscheide der Schulpflege zum Wohle der Schule sein, zum Wohl der Schülerinnen und Schüler, unsere Kinder, unserer Zukunft.

Darum zum Schluss: 8 anstatt 6 Mitglieder in der Schulpflege heisst

- weiterhin eine breitere Meinungsvielfalt bei der Entscheidungsfindung und Führung der Schule Kloten.
- weiterhin ausgeglichene Machtverhältnisse zwischen Verwaltung und Schulpflege
- weiterhin die Vorzüge des Milizsystems in der Schulpflege erhalten.

Belinda Mastev, Grüne-Fraktion: Wir Grüne sind ganz klar für 8 Mitglieder in der Schulbehörde. Eigentlich sollten die Mitglieder der Schulbehörde bei 10 Personen belassen werden. Es ist speziell, dass einzelne Fraktionen möchten, die Sozial- und Bürgerrechtskommission vom Volk wählen lassen zu wollen, aber gleichzeitig möchte man die wichtige Schulbehörde schwächen. Es ist deshalb in unserem Sinn, die Schulbehörde zu stärken und einen Bestand von 8 Personen zu haben.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Erhöhung der Mitgliederzahl der Schulpflege von 6 auf 8 Mitglieder wird mit 13 Ja : 15 Nein-Stimmen abgelehnt. Somit ist der Antrag des Stadtrats mit 6 Mitgliedern angenommen.

Art. 36 Stellung

Art. 37 Ausschüsse

Art. 38 Aufgabenübertragung an die Verwaltung

Art. 39 Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 40 Finanzielle Befugnisse

Es liegen mehrere Anträge zu diesem Artikel vor. Der Vorsitzende erklärt den Ablauf.

- (1.) Mehrheitsantrag GOKO, Änderung Art. 40 Abs. 1 lit. c und e, Sprecher Peter Nabholz
- (2.) Mehrheitsantrag GOKO, Änderung Art. 40 Abs. 1 lit. d und f, Sprecherin Irina Bannwart
- (3.) Antrag FDP, Änderung Art. 40 Abs. 1 lit. d und f, Sprecher Peter Nabholz

(1.) Mehrheitsantrag GOKO (Referent Peter Nabholz):

- Änderung von Art. 40 Abs. 1 lit. c. und e.: "einen bestimmten" ersetzen durch "den bezeichneten" in Anlehnung an GG § 113

Wortmeldung

Peter Nabholz, FDP, erklärt namens einer **Mehrheit** der **GOKO**: Es geht um das gleiche wie vorhin bei Art. 28. Diesmal geht es um die finanziellen Befugnisse der Schulpflege. Es geht darum die Bezeichnung "einen bestimmten" zu ersetzen in "den bezeichneten" in Anlehnung an § 113 des Gemeindegesetzes.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Änderungen der GOKO zu Art. 40 Abs. 1 lit. c. und e. wird einstimmig zugestimmt.

(2.) Mehrheitsantrag GOKO, stilistische Anpassungen (Referentin Irina Bannwart):

- Art. 40 lit. d.: die Bewilligung neuer und im Budget nicht enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 40'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 200'000 pro Jahr.
- Art. 40 lit. f.: die Bewilligung neuer, jährlich wiederkehrender und im Budget nicht enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 10'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 50'000 pro Jahr.

Wortmeldung

Irina Bannwart, CVP, Sprecherin GOKO: Es handelt sich bei lit. d und f wie beim Art. 28 um die Formulierung "bis zu. Die GOKO schlägt einstimmig vor die Formulierung "bis zu (Frankenbetrag) im Einzelfall" und "insgesamt höchstens (Frankenbetrag) pro Jahr" zu übernehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Änderungen der GOKO zu Art. 40 Abs. 1 lit. d. und f. wird einstimmig zugestimmt.

(3.) Minderheitsantrag GOKO (Referent Peter Nabholz):

- Art. 40 lit. f.: die Bewilligung neuer, jährlich wiederkehrender und im Budget nicht enthaltener Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 10'000 im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 40'000 pro Jahr.

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, verliest namens einer **Minderheit** der **GOKO** den obigen Wortlaut des Minderheitsantrags.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO.

Kurt Hottinger, Stadtrat: Mir fehlt die Logik. In lit. d ist es mal fünf (Fr. 40'000 / Fr.200'000), die Fr. 10'000 weniger in lit. f sind mal vier (Fr. 10'000 / Fr. 40'000). Mir ist die Logik des Antrags nicht ganz klar.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Minderheitsantrag der GOKO zu Art. 40 Abs. 1 d wird mit 15 Ja : 13 Nein-Stimmen zugestimmt.

Art. 41 Weitere Befugnisse

Art. 42 Vertretung der Schulleitungen und der Lehrpersonen

Art. 43 Sozialkommission

Art. 44 Baukommission

Art. 45 Grundsteuerkommission

Art. 46 Bürgerrechtskommission

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 47 Energiekommission

Der Vorsitzende erklärt, dass zwei Anträge vorliegen und wie die Abstimmungsreihenfolge ist.

(1.) Bereinigung des Art. 47

(2.) Antrag der Fraktionen CVP/FDP und SVP auf Ergänzung Art. 32^{bis} Gegenüberstellung zu Art. 47

(1.) Die GOKO beantragt mehrheitlich Art. 47 Abs. 3 wie umzuformulieren. Neu soll er heissen:

³ Der Bestand der Energiekommission umfasst mindestens je ein Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Parteien (statt wie vom Stadtrat vorgeschlagen Fraktionen).

Wortmeldungen

Mathias Rieder, glp, Sprecher GOKO: Eine Mehrheit der GOKO (6 Ja : 3 Nein-Stimmen) hat Art. 47 Abs. 3 umformulieren wollen. Somit müsste das Mitglied nicht aus Gemeinderat kommen, sondern könnte von der Partei bestimmt werden, woher das Mitglied in der Energiekommission ist.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO und dem Stadtrat.

Roman Walt, glp-Fraktion: Die glp unterstützt den Vorschlag des Stadtrats, die Einsetzung einer Energiekommission als unterstellte Kommission mit mindestens einem Vertreter, einer Vertreterin der im Gemeinderat vertretenen Parteien. Für uns ist so die Bildung einer Fachkommission möglich, welche in Energiefragen über eine Expertise verfügt und gemäss dem Erlass des Stadtrates arbeitet. Gleichzeitig wird die politische Zusammensetzung des Parlaments berücksichtigt und einen Kommunikationskanal sichergestellt. Da rechtlich Gemeinderäte nicht einer Kommission angehören dürfen, welche durch den Stadtrat beaufsichtigt wird, unterstützen wir den Antrag, die Formulierung im 3. Absatz von "Fraktionen" auf "Parteien" zu ändern.

Den Antrag, die Energiekommission als beratende Kommission festzuschreiben, unterstützen wir nicht. Dazu braucht es keinen Gemeindeordnungsartikel, wie die aktuell tätige AG Energiestrategie zeigt. Eine beratende Kommission hat keinen Einfluss auf das Agendasetting, das zeigt nicht zuletzt die lange Beratungszeit der AG Energiestrategie und den bisher mageren Resultaten nach über 2 Jahren Arbeit. Christoph Fischbach hat das in der Grundsatzdebatte bereits angetönt. Die unterstellte Kommission handelt entsprechend ihrem Auftrag, und

dies zielgerichtet und effizient. Dass der Austausch mit dem Gemeinderat über die beratende Kommission besser sei ist ein schwaches Argument. Für die Kommunikation zwischen den Kommissionsmitgliedern und den Parteien sind die Parteien selbst verantwortlich.

Wir unterstützen den Antrag der Mehrheit der GOKO um Anpassung von Art. 47 Abs. 3 und lehnen den anschliessenden Minderheitsantrag ab.

Tania Woodhatch, EVP-Fraktion: Der EVP ist das ein wichtiges Anliegen und wir befürworten die Verankerung der Energiekommission in der Gemeindeordnung. Wir möchten allgemein anregen, dass auch weitere Kommissionen zu anderen wichtigen Themen bilden könnte/sollte. Wie wäre es beispielsweise mit einer Verkehrs- oder Wirtschaftskommission? Auch das sind doch zentrale Themen für die Stadt Kloten.

Abstimmung

Der Art. 47-inkl. Mehrheitsantrag der GOKO zu Art. 47 Abs. 3 betr. Änderung des Worts Partei statt Fraktion wird mit 26 Ja: 2 Nein-Stimmen angenommen.

(2.) Antrag der Fraktionen CVP/FDP und SVP auf Ergänzung Art. 32bis mit folgendem Wortlaut:

Art. 32^{bis} Energiekommission

- ¹ Der Stadtrat setzt als ständige beratende Kommission eine Energiekommission ein.
- ² Der Stadtrat legt den Bestand sowie die Aufgaben und Kompetenzen der Energiekommission in einem Organisationsreglement fest.
- ³ Der Bestand der Energiekommission umfasst mindestens je ein Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen. Jede Fraktion bestimmt ihre Vertretung. Weitere Mitglieder der Energiekommission werden durch den Stadtrat in freier Wahl besetzt.

Bei Annahme würde eine spätere Umgliederung in Art. 33 sowie Neunummerierung von Art. 33 bis 46 und Streichung Art. 47 folgen.

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, verliest den obigen Gesetzestext und erklärt: Es ist in der energie- und umweltpolitischen Zukunft von unserem Kloten wichtig, dass es eine "gemischte" Energiekommission aus Parlamentsmitgliedern, also gewählten Volksvertretern, auch Stadträten und Verwaltungsleuten, und dort eben auch Fachverantwortliche, wie z.B. unser Daniel Martinelli, und Dritten, wie der IBK, um in den energie- und umweltpolitischen Fragen, Zusammenhängen und Massnahmen und auch Kompromisse zu finden, um weiter zu kommen. Lassen wir diese zusammen und geben diese Verantwortung nicht aus den Gemeinderatshänden. Damit die Einbindung in der Verantwortung der vom Volk gewählten Gemeinderäte möglich ist, und wie jetzt in der Arbeitsgruppe auch mehr oder weniger erfolgreich – wie die einen oder anderen sagen – umgesetzt wird, müssen wir die Kommission als beratend verankern und nicht als unterstellt.

Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Es mag recht erstaunen, aber wir schliessen uns der FDP, SVP und CVP an. Grund dafür ist, ich kann mich erinnern, es gab hier drinnen auch schon Vertreter von rechten Schattenparteien und das ist mir nicht so geheuer, denn die würden sich der Meinung dieser Allianz anschliessen, deshalb denke ich, wäre es besser, wenn diese aus den Fraktionen kämen, als aus den Parteien.

Es wäre dann aber auch gut, wenn das, was aus der Kommission ernst genommen wird und umgesetzt wird.

Marco Vollenweider, FPD: Am 4.4.2017 hat Peter Nabholz die Interpellation "Energieförderprogramm, Energiestadtlabel, Energiefonds" eingereicht. Die Interpellation ist von den übrigen Mitgliedern der FDP-Fraktion und einigen Vertretern der SVP mitunterzeichnet worden. Dank diesem Vorstoss hat man im April 2018 die Arbeitsgruppe Energiestrategie ins Leben gerufen. In dieser Arbeitsgruppe sind unter anderem Mitglieder aus allen Parteien des Gemeinderats vertreten. Die Arbeitsgruppe soll zielgerecht diverse energiepolitische Massnahmen besprechen, die der Stadtrat zukünftig zu verfolgen hat. Wer soll Einsitz in dieser Arbeitsgruppe nehmen? Die Gemeinderäte sind vom Volk gewählt und stehen dem Volk gegenüber auch in einer gewissen Verantwortung. Es kann doch nicht sein, dass Mitglieder von verschiedenen Parteien, die möglicherweise gar nichts mit Kloten direkt am Hut haben, die auch nicht als Volksvertreter gewählt wurden und die finanziellen und energiepolitischen Probleme von Kloten überhaupt nicht kennen, Einsitz in dieser Kommission nehmen. Das war sicher nicht die Absicht der Stimmbürger, als sie euch in den Gemeinderat gewählt haben. Wieso also, soll sich ein vom Volk gewählter Gemeinderat vor dieser Verantwortung drücken?

Es ist mir durchaus bewusst, dass weder eine beratende noch eine unterstellte Kommission Entscheidungen treffen kann. Es bleibt weiterhin in der Hand des Stadtrats, welche energiepolitischen Massnahmen schlussendlich verfolgt werden. Der Stadtrat kann mit dem Einsitz der Volksvertreter in der Kommission allerdings nicht einen völlig anderen Zug fahren oder Massnahmen über Bord werfen, die besprochen wurden. Dann hätte der Stadtrat die Unterstützung des Gemeinderats nicht mehr und dieser entscheidet am Schluss. Die Vorlage wird so womöglich im Gemeinderat scheitern. Ich frage euch: Was nützt das der Umwelt? Die Gemeinderäte können die in der Energiekommission gesprochenen Massnahmen direkt in die Fraktion bringen und die Überlegungen und Vorschläge bei den Sitzungen der Energiekommission einbringen. Für alle Parteien ist das am effizientesten. Wieso soll man das auseinanderreißen und unnötig verkomplizieren? Deshalb bleibe ich bei der Meinung, dass die beratende Kommission mit den Gemeinderäten aufrechterhalten werden soll, so wie es in der Synoptik unter Art. 32^{bis} Abs. 1 bis 3 beantragt ist.

Das ist auch ein klares Zeichen, dass der Gemeinderat gewillt ist gemeinsam mit dem Stadtrat sinnvolle Massnahmen auszuarbeiten. Eigentlich würde man heute nicht über die Energiekommission streiten, ob sie nun unterstellt oder beratend ist. Sie war nämlich gar nicht Bestandteil der Vorlage des Stadtrats. Nur dank dem bürgerlichen Antrag, mit der FDP als Initiator, diskutieren wir heute darüber. Ich stelle jetzt eine letzte Frage an euch: Wollt ihr euch vor der Verantwortung drücken oder seid ihr bereit und gewillt als Gemeinderäte in dieser Kommission mitzuarbeiten? Jetzt habt ihr die Möglichkeit, Massnahmen von Grund auf zu definieren. Also bitte druckt euch nicht vor dieser Aufgabe und sagt ja zur beratenden Kommission – dem Volk und auch der Umwelt zuliebe.

Sigi Sommer, SP: Ich gebe dir absolut recht, bravo. Nur eins, wir haben die Kommission jetzt. Aus jeder Fraktion ist ein Gemeinderat dabei. Wir haben einen Gegenvorschlag zur glp-Initiative ausgearbeitet zusammen mit dem Stadtrat. Und was passiert? Aus euren Reihen wird ein Gegenvorschlag gegen den Gegenvorschlag erarbeitet, der alles völlig verwässert. Alles, was wir während zwei Jahren ausgearbeitet, diskutiert und erkämpft haben. Das soll alles gebodigt werden. Du widersprichst dir bei deiner Rede, das ist unglaublich. Steht auch dazu, dass ihr eure Leute in der Arbeitskommission habt und haltet euch an das, was wir dort besprochen und bestimmt haben. Ich erwarte, dass die Vertreter aus diesen Fraktionen, die Anliegen entsprechend in die Fraktion tragen und auch entsprechend argumentieren. Nicht so, wie es jetzt gerade läuft.

Reto Schindler, Grüne: Ich werde eurem Antrag wie gesagt folgen. Aber es geht nicht darum, wer es erfunden hat. Es geht darum, wer die konkreten Massnahmen bewilligt.

Silvan Eberhard, SVP: Ich möchte zur heutigen Arbeitsgruppe noch etwas sagen. Ich war an jeder Sitzung dabei. Der Gegenvorschlag war an einer Sitzung ein Thema. Er war aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet vom Stadtrat. Und wir haben diverse Massnahmen besprochen, die auch umgesetzt wurden im

Budget, die aber nicht so prominent waren wie die Initiative der glp. Hier zu behaupten, man habe in der Kommission zusammen mit uns den Gegenvorschlag ausgearbeitet, das ist schlichtweg falsch.

Priska Seiler Graf, Stadträtin: Ich möchte noch Präzisierungen vorbringen, um die Haltung des Stadtrats aufzuzeigen. Der Stadtrat hat die Energiekommission nicht in die Gemeindeordnung genommen, weil er der Meinung war, dass sie da nicht reingehört. Es ist schon die Frage, was man alles in die Gemeindeordnung nimmt und was nicht. Machen wir noch eine Jugendkommission, eine Alterskommission, eine Verkehrskommission usw. mit Leuten aus den Parteien oder Fraktionen oder wie auch immer. Wo macht man die Grenze? Man kann es anders regeln und wir waren der Meinung, dass es nicht auf Stufe Gemeindeordnung gehört.

Ich persönlich befürworte sehr, dass die Energiekommission in die Gemeindeordnung aufgenommen wird, weil es ein ganz wichtiges Thema ist. Wir sind dauernd daran und müssen an diesem Thema arbeiten.

Der Stadtrat möchte aber die Version, in welcher Leute der Fraktionen Mitglieder sind. Dies genau aus den Gründen, die schon genannt wurden.

Wer hat es erfunden? Da müssen wir nicht darüber streiten. Ich kann mich aber noch erinnern, dass von bürgerlicher Seite das Energiestadtlabel abgeschafft werden wollte. Das ist mitunter ein Grund, weshalb die Energiekommission ins Leben gerufen wurde.

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Gemeinderat.

Abstimmung

Der Vorsitzende verweist auf den aufgezeigten Wortlaut des Antrags der CVP/FDP/SVP-Fraktionen auf der Leinwand. Bei Zustimmung des vorliegenden Art. 32^{bis} wird automatisch der Art. 47 gestrichen und die Art. 33-46 je um eine Nummer nach hinten geschoben.

Dem Antrag der CVP/FDP und SVP-Fraktion (Ar. 32^{bis}) wird mit 17 Ja : 10 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Somit ist Art. 47 gestrichen.

Art. 48 Protokoll

Art. 49 Stellung der Anträge an den Gemeinderat

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 50 Betreibungs- und Stadtammannamt

Die GOKO beantragt mehrheitlich Art. 50 Abs. 2 anzupassen. Die Personalverordnung soll gestrichen und durch die Mitarbeiterverordnung ersetzt werden.

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, Sprecher GOKO: Es ist eine formale Geschichte. Es hat sich ein kleiner Fehler in der Synoptik eingeschlichen. In Art. 50 Abs. 2 wird die Personalverordnung genannt, in Kloten heisst diese aber Mitarbeiterverordnung.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GOKO, dem Stadtrat und dem Gemeinderat.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Änderung von Personal- auf Mitarbeiterverordnung unter Art. 50 Abs. 2 wird einstimmig zugestimmt.

Art. 51 Friedensrichteramt

Art. 52 Finanztechnische Prüfstelle

E. Kommunikation und E-Government

Art. 53 E-Government

F. Schlussbestimmungen

Art. 54 Vollzug

Keine Änderungsanträge

Keine Wortmeldungen, stillschweigende Annahme

Art. 55 Übergangsregelungen zur Änderung vom "Datum der Urnenabstimmung"

Die GOKO beantragt mehrheitlich die Streichung von Art. 55 Abs. 2 (falls die Sozialkommission durch Volkswahl angenommen wurde – siehe unter Art. 4).

Wortmeldungen

Peter Nabholz, FDP, Sprecher GOKO: Art. 55 Abs. 2 kann jetzt gestrichen werden, da wir vorhin die Sozialkommission durch Volkswahl angenommen haben. Deshalb fällt dieser Artikel in der Logik weg.

Abstimmung

Dem vom Stadtrat beantragten Artikel inkl. Mehrheitsantrag der GOKO betr. Streichung von Art. 55 Abs. 2 wird mit 21 Ja : 7 Nein-Stimmen zugestimmt.

Rückkommensantrag

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ein Rückkommensantrag gestellt wird und ob die Fraktionen ein Timeout wünschen vor der Schlussabstimmung, wird das Wort nicht verlangt.

Schlussabstimmung/Beschluss über Genehmigung der Revision der Gemeindeordnung (GO) inkl. Bereinigungen aus der heutigen Sitzung

Der Gemeinderat stimmt der Vorlage des Stadtrats (Revisionsvorlage im Rahmen der Umsetzung Gemeindegesetz) mit den heute besprochenen Anpassungen mit 19 Ja : 9 Nein-Stimmen zu.

Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum. Die nächstmögliche Urnenabstimmung findet am 9.2.2020 statt.

Der Vorsitzende dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit in den Kommissionen und Fraktionen.

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Ich möchte nicht arrogant erscheinen, aber möchte noch etwas sagen zu diesem unheiligen Fraktionsgebilde aus SVP, FDP und vor allem der CVP, das zu den Mehrheiten beiträgt. Seid

froh, dass die Wahlen nicht dieses Jahr waren und seid euch einfach bewusst, dass die GO noch zuerst vors Volk muss. Wir werden sie auf jeden Fall in dieser Form bekämpfen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

5

Postulat; Christoph Fischbach, SP; Wahrzeichen für sämtliche Klotener Sportvereine

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 4. Oktober 2019 (Beschluss Nr. 205-2019) fristgerecht das Postulat von Christoph Fischbach beantwortet und beantragt dem Gemeinderat, gemäss Art. 58 Abs. 6 des Geschäftsreglements des Gemeinderats Kloten das Postulat aufgrund der Auslegeordnung und der Diskussion über die Unterstützung der Vereine abzuschreiben. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Stellungnahme des Vorstössers

Die Antwort des Stadtrats ist nur mässig zufriedenstellend. Ich möchte explizit festhalten, dass die Ausführungen, die ich jetzt mache, nicht nur die Sportvereine betrifft, sondern alle Vereine in Kloten.

Die Überlegung des Stadtrats, dass ein Wahrzeichen für die Vereine wenig zielführend ist, ist nachvollziehbar. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass die finanziellen Mittel anstatt in ein Wahrzeichen bedeutend besser direkt in die Vereine investiert werden könnte. In diesem Zusammenhang, sei er, der Stadtrat auch bereit die Vereinsbeiträge zu überarbeiten. Das ist korrekt und richtig und hilft den Vereinen sicher mehr, auch den nicht Sportvereinen. Nun kommt aber das grosse Aber. Faktisch müsste der Stadtrat demzufolge bereit sein die Vereinsbeiträge zu erhöhen. Aber wenn man das Budget anschaut, sieht man, dass der Stadtrat die Vereinsbeiträge nicht erhöht hat, sondern den Status quo dem Gemeinderat beantragt. Es wäre ein starkes Zeichen gewesen, wenn der Stadtrat das Budget 2020 erhöht hätte, denn auf das nächste Jahr werden Vereinsbeiträge neu gesprochen. Die finanzielle Lage der Stadt lässt es zu in diesem Bereich etwas zu machen. Wir sparen nun ja auch 36'000 ein für die vier zusätzlichen Gemeinderäte. Um es klar zu sagen, die aufgrund des Postulat Heinzelmann Erhöhung um den Teuerungsausgleich, brachte den Vereinen keine spürbare Verbesserung. Um die auch vom Stadtrat erkannten Probleme der Vereine lösen zu können, benötigt es mehr als nur einen Teuerungsausgleich oder eine Umverteilung innerhalb des Budgets. Es ist aber auch festzuhalten, dass fast alle Vereine über grosszügige, gut und modern ausgebaute Infrastrukturen der Stadt zurückgreifen können, dies ist eine grosse Hilfe. Hier ist aber auch festzustellen, dass die Vereine hohe und das Budget der Vereine belastende Mietzinse und Benützungsgebühren bezahlt.

Ich kann die Überlegungen des Stadtrats nachvollziehen und mit der Abschreibung des Vorstosses leben, erwarte aber, dass der Stadtrat seine Überlegung betr. Vereinsbeiträge in die Tat umsetzt und nicht nur darüber spricht. Den Worten müssen jetzt und nicht erst irgendwann, Taten folgen und zwar wirklich spürbare finanzielle Verbesserungen für die Ortsvereine. In diesem Sinne können ich und die SP der Abschreibung zähneknirschend zustimmen.

Wortmeldungen aus dem Stadtrat

René Huber, Stadtpräsident: Ich habe gewisses Verständnis, dass Christoph Fischbach mit der Antwort nicht ganz zufrieden ist. Vor allem nicht, wenn man auf den Budgetentwurf schaut. Es ist die Frage: Was war zuerst, was nachher? Wir sind daran die Daten der Vereine zu erheben und die Bedürfnisse abzuholen. Das haben wir noch nicht. Es war deshalb schwierig einen Budgetbetrag festzulegen. Es könnte an einer Budgetdebatte aber anstelle einer Kürzung auch mal ein Antrag auf Erhöhung gestellt werden. Das ist dem Gemeinderat freigestellt.

Ich kann die Fraktionen, die das wollen, nur motivieren, einen Erhöhungsantrag zu stellen. Die sinnvolle Aufteilung an die Vereine, die es auch wirklich verdient haben und die etwas leisten, die machen wir sehr gerne.

Keine Wortmeldung aus dem Gemeinderat.

Abstimmung/Beschluss über die Abschreibung des Postulats

Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

6

Motion; Silvan Eberhard, SVP; Logistik-, Gewerbe- und Industriezentrum auf dem Kasernenareal Begründung und allfällige Überweisung an den Stadtrat

Mit Datum vom 16. September 2019 (Eingang 2. Oktober 2019) hat Silvan Eberhard (SVP) die Motion "Logistik, Gewerbe- und Industriezentrum auf dem Kasernenareal" eingereicht. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben die Motion erhalten.

Der Stadtrat entschied am 22. Oktober 2019 mit Beschluss Nr. 220-2019, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Der Entscheid vom Stadtrat wurde dem Vorstösser mitgeteilt. Er ist bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln. Ich gebe Silvan Eberhard das Wort.

Begründung des Postulats

Silvan Eberhard, SVP: Möchten sie ihre Kinder auf den Schulweg schicken, wenn sie wüssten, dass das Gebäude, in welchem sie wohnen, als Logistikcenter dient und hunderte LKWs täglich zu und wegfahren?

Im Rahmen des Workshops zur Umnutzung des Steinackergebietes in eine Mischzone, wo Wohnende und Gewerbe nebeneinander existieren, gab es immer wieder Skepsis seitens der Logistikbetriebe und des produzierenden Gewerbes, ob das funktionieren kann. Daher kam die Idee, für diese Betriebe den besten Standort zu suchen. Das ist ja eigentlich nicht das Steinackergebiet, sondern das Kasernenareal. Das haben wir auf der Karte von Kloten herausgefunden. Daraus verfasste ich diese Motion, welche ich nun in ein Postulat umwandle, da der Stadtrat den Vorstoss als Motion nicht entgegennehmen möchte. Ich möchte den Vorstoss aber gerne überwiesen haben. Wenn der Stadtrat bereit ist, diesen als Postulat entgegenzunehmen, wandle ich den Vorstoss gerne in ein Postulat um für das Logistik-, Gewerbe- und Industriezentrum auf dem Kasernenareal.

Der Stadtrat wird beauftragt sich für die Umnutzung des heutigen Kasernenareals einzusetzen. Insbesondere sollen dort Logistik, Gewerbe und Industrie im Zusammenhang mit dem Flughafen angesiedelt werden.

Ich bin überzeugt, dass so auf diesem Areal hunderte zusätzliche Arbeitsstellen erschaffen werden können sowie für den Flughafen eine wichtige Gewerbezone entstehen kann, die diverse Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Flughafen erbringen können.

Diese Punkte haben für mich einen massiv höheren Stellenwert, wie die heutige Nutzung durch die Schweizer Armee. Ich bin überzeugt, wir benötigen auch in Zukunft eine starke Schweizer Armee. Ich glaube aber, dass diese in Randregionen eine wesentlich stärkere Bedeutung hat, weil man dort auf die Arbeitsplätze der Armee mehr angewiesen ist. Daher bin ich überzeugt, dass eine Nutzung für Gewerbe und Logistik auf dem Platz einen

erheblichen Mehrwert hat für die Bevölkerung in Kloten und auch die Schweizer Bevölkerung. Daher setze ich mich für eine Umnutzung ein.

Nebst dem zusätzlichen Angebot an Arbeitsplätzen hat die Umnutzung für die Klotener Bevölkerung einen weiteren Vorteil. Die 400'000 Tonnen Luftfracht und -post, die heute teilweise durch Kloten oder in der Region um den Flughafen umgeschlagen wird, könnte zentral auf dem Gelände gesammelt und umgeschlagen werden. Die Dorfstrasse würde entlastet und die Lastwagen müssten nicht mehr quer durch Kloten fahren, um die Fracht ins Steinackergebiet zu bringen. Der einzige Nachteil des Areals liegt darin, dass es über keinen Bahnanschluss verfügt. Gerade für die Logistik wäre das noch viel optimaler.

Da das Areal kaum als Wohnzone genutzt werden kann aufgrund der Nähe zum Flughafen und zu hoher Lärmbelastungen, ist eine Nutzung als Industriefläche optimal.

Es ist mir bewusst, dass es kein einfaches Unterfangen sein wird, das Kasernenareal umzuwandeln. Das Land gehört heute dem Bund und ob man dort auf offene Ohren stossen wird, das weiss ich nicht. Ich hoffe der Stadtrat wird auf offene Ohren stossen. Ich glaube aber, dass man auch ans Unmögliche glauben muss und, dass sich nur etwas verändern kann, wenn man mitteilt, dass man etwas verändern möchte. Genau das ist der Grund für mein Postulat. Ich denke, dass das Zeit in Anspruch nehmen wird und rechne nicht mit einer Umsetzung schon im nächsten Jahr. Trotzdem fordere ich den Stadtrat auf, sich beim Bund für eine Umnutzung des heutigen Kasernenareals einzusetzen für ein starkes Gewerbe und eine starke Logistik in Kloten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Fraktionen ein Timeout benötigen, da die Motion in ein Postulat gewandelt wurde, folgt keine Wortmeldung.

Der Stadtrat hat das Wort

René Huber, Stadtpräsident: Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Zur Ehrrettung des Stadtrats muss ich sagen, dass ich nicht erst seit der Einreichung des Vorstosses weiss, dass das ein Schlüsselgelände ist. Ich bin schon länger in engem Kontakt mit Armasuisse und verfolge diese Entwicklung des Stationierungskonzepts der Armee genau. Wir nehmen die Chance natürlich wahr, falls sich diese bietet. Wir reden aber nicht von Jahren, von einem zweistelligen Jahresbereich, bis es soweit ist. Wir verfolgen das Thema weiter und jemand wird es lösen oder wir werden wieder darüber berichten. Der Bär kann aber erst erlegt werden, wenn er erschossen ist. Im Moment ist das Militär noch da.

Diskussion Gemeinderat

Reto Schindler, Grüne-Fraktion: Wir finden das ein sehr gutes Postulat, auch wenn wir dann vielleicht Angst haben, dass Marco Brunner in eine Randregion ziehen muss, um seine Arbeit ausführen zu können. Das Postulat kann nicht so schnell umgesetzt werden, aber es trägt sicher dazu bei, dass die Fahrten nicht durch die Stadt führen und viele Fahrten gespart werden können. Es ist absolut ein grünes Anliegen und eine gute Sache.

René Roser, SP-Fraktion: Den ganzen Abend musste ich den Kopf schütteln wegen euch, den Rechten. Jetzt muss ich euch gegen Ende des Abends noch ein Kompliment machen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass ihr auch noch vernünftig werdet. Als Betroffener, der Jahrzehnte lang am Flughafen in der Fracht gearbeitet hat, ist der Zustand für Fracht- und Cateringlieferungen, um nur zwei zu nennen, seit langem eine Zumutung und alles andere als effizient. Bündelung von Logistikzentren in der Umgebung, und da gibt es viele, speziell aber diese in Kloten, sind sinnvoll und umweltschonend. Der direkte Autobahnanschluss ist einfach ein Muss. Vielleicht hilft es sogar dem Flughafen, dass im Zusammenhang mit dem Neubau nachher die völlig veralteten Fracht West-Anlagen endlich zügig umgebaut werden könnten oder an ein anderes Ort verlegt werden könnten. Noch ist das Kasernenareal nicht für die Neuerungen bereit. Es wird wohl noch Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis es

soweit ist. Es braucht grosse Anstrengungen seitens der Gemeinden um den Flughafen und den Verbänden, hier Druck zu machen. Die Zeit ist aber reif und der Schwung der grünen Welle kann sicher mithelfen, bei den langen Verhandlungen gehört zu werden. Eins muss aber bedacht werden. Es nützt nichts, ein schönes neues Areal zu haben und dort lauter neue Firmen anzusiedeln, es muss intensives Lobbying betrieben werden, damit die, die einen riesen LKW-Verkehr in der Umgebung verursachen, auch nachher auf das neue Gebiet umziehen. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr auf den Strassen in der Stadt reduziert wird. Zudem finden wir es richtig, dass die frei werdenden Gebiete von der Stadt Kloten aufgekauft werden können. Die Stadt muss sich bezahlbarem Wohnraum sichern, damit sie weiterwachsen kann.

Es ist gut, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wurde, sonst hätte ich dazu etwas sagen müssen. Ich bitte euch vorher daran zu denken und auch die Ratsleitung, dass sie aufpasst und die Form vorher prüft.

Roman Walt, glp-Fraktion: Besten Dank an Silvan Eberhard und die Mitunterzeichnenden. Die glp findet den Vorstoss bzw. die Vision für das Areal gut. Ob sie in Form einer Motion oder eines Postulats eingereicht wird, darüber liesse sich diskutieren. Das lassen wir aber nun, die Zeit ist schon fortgeschritten.

Die Vision können wir jedenfalls sehr unterstützen. Räumlich ist das Kasernenareal ideal gelegen, die Nähe zum Flughafen würde bei einer Nutzung durch Logistiker, Transportgewerbe und Firmen mit engen Verflechtungen mit dem Flughafen eine Win-Win-Situation bieten: Geringere Transportwege für die Firmen und weniger Durchgangsverkehr für Kloten. Uns ist bewusst, dass es keine Vision ist, die in wenigen Jahren erreicht werden kann. Es wird Jahrzehnte dauern, wie auch da Steinackerquartier nicht Jahrzehnte brauchen wird. Auch wenn der Bund heute noch nichts vom Vorschlag wissen will, der Stadtrat kann das Anliegen vorbringen und findet allenfalls in zukünftigen Planungen Berücksichtigung.

Abstimmung/Beschluss Überweisung Postulat an Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung

Das Postulat wird einstimmig dem Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

7

Diverses

Verabschiedung Gemeinderat Mathias "Mats" Rieder

Der Vorsitzende sagt, Mathias Rieder habe heute die letzte Ratssitzung miterlebt. Der Austritt aus dem Gemeinderat habe nichts mit Krach unter den Mitgliedern zu tun, sondern der Umstand, dass er am 31. Oktober den letzten Arbeitstag bei der Lufthansa gehabt habe: Lieber Mats, du bist seit 2010 im Gemeinderat und hast seit dieser Zeit selber oder als Mitunterzeichner 13 Vorstösse eingereicht. Ich weiss nicht, wie viele Familienvorstösse es gegeben hat in diesem Gemeinderat. Aber du hast es geschafft mit deiner Frau Susanne zusammen, im 2014 parteiübergreifend einen Vorstoss zu machen. Das ist schon fast unique. Du hast dich im Gemeinderat mit Nachdruck für die Belange der glp eingesetzt und warst stolz, als ihr bei den Wahlen Prozente gewonnen habt. Da kannst du auch stolz darauf sein. Du hast dich schwergewichtig für die Bereiche Umwelt und Energie eingesetzt. Ich musste immer etwas schmunzeln, du als Captain der Lufthansa – du wirst es mir verzeihen. Du hast als Captain der Lufthansa und in der Fliegerei viel Know-how rund um Flughafen eingebracht. Ich möchte dir ganz herzlich danken für den Einsatz für die Stadt Kloten und unseren Gemeinderat. Wir wünschen dir gute Gesundheit für den nächsten Lebensabschnitt. Wir haben dir einen Gutschein für Garten und eine gute Flasche Wein besorgt.

Mathias Rieder: Ich habe bei der LH aufgehört. Der Rest ist nicht wichtig. Man weiss nie recht wann aufzuhören. Es ist schwierig das zu entscheiden. Roger Federer hört wahrscheinlich nie auf und macht noch weiter – ich weiss nicht wie lange. Donald Trump hätte vielleicht schon aufhören sollen, sonst wird er aufgehört. Ich habe mich für die Variante von Skifahrer Marcel Hirscher entschieden: Wenn's am besten läuft, dann hört man auf.

Es ist tatsächlich sehr gut gelaufen für die glp und ich war wirklich stolz. Wir haben reüssiert und es ging weiter bis zu den National- und Ständeratswahlen, auch da haben wir reüssiert. Für mich ist es der beste Zeitpunkt, um aufzuhören. Ich kann beruhigt aufhören.

Am 31. Oktober, es wurde schon angesprochen, hatte ich den letzten LH-Flug. Es ist ein schönes Gefühl, jetzt pensioniert zu sein. Am heutigen Abend bin ich politisch pensioniert, auch das ist ein gutes Gefühl jetzt als Alt-Gemeinderat. Ich habe jetzt dann viel Zeit und Zeit, die ich selber nutzen und einteilen kann. Ich kann mich jetzt schon anmelden für die Weltklasse Zürich oder sonst irgendein Konzert besuchen. Es redet mir niemand mehr rein, ausser meiner Frau Susanne. Ich habe echt Freude, jetzt kleine Sachen zu machen, die ich schon immer machen wollte. Die grösseren Anliegen besprechen wir dann, Susanne.

Es war eine intensive Zeit in der Politik. Ich war zwar ein Gemeinderat zweiter Klasse, war nie in der GRPK, kam mir aber nicht so vor. Ich habe mich so gut wie möglich eingebracht. Ich habe die glp gegründet, war Partei- und Fraktionspräsident und habe Vorstösse eingereicht. Ich habe mich so gut wie möglich für Kloten eingesetzt. Ich habe mich bei Lärmfragen nicht für mich und meine Familie eingesetzt, sondern für die Gemeinde Kloten. Es war eine intensive Zeit und ich bin froh, dass Roman Walt den Lead übernommen hat, natürlich in Zusammenarbeit mit Kim Mishra. Ich hätte heute gerne Marc Denzler noch vorgestellt, er konnte aber aus beruflichen Gründen heute nicht da sein. Ich kann wie gesagt mit beruhigtem Gewissen gehen. Es liegt alles in sehr, sehr guten Händen bei meinem Nachfolger und der glp als solches.

Im Rat war ich immer sehr, sehr gerne. Ich habe nur einmal gefehlt, wenn ich mich nicht täusche. Ich habe den ganzen Flugplan immer auf den ersten Dienstag im Monat abgestimmt. Es war sehr lehrreich, interessant in den meisten Fällen, manchmal auch etwas langweilig und ab und zu vielleicht ein bisschen einfach. Es war eine intensive, schöne Zeit. Ich möchte mich bei euch allen ganz herzlich bedanken, dass ihr mich getragen habt, in meinem zweitklassigen Gemeinderatsdasein. Herzlichen Dank für die guten Gespräche und Freundschaften, die man schliessen konnte. Ich würde mich über euer Erscheinen zum anschliessenden Umtrunk freuen. Besten Dank!

Doppelsitzung

Zum Schluss erklärt der Vorsitzende, dass die Sitzung als Doppelsitzung gelte.

Rechtsbelehrung

Betreffend die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte werden aus dem Rat keine Einwände erhoben.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für die Richtigkeit:

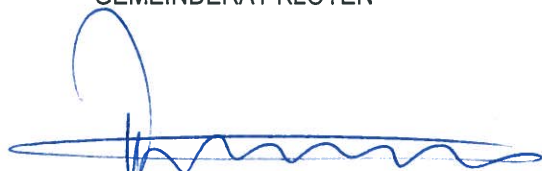


Denise Meyer
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten, 18.11.2019

GEMEINDERAT KLOTEN

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large loop at the top followed by a series of smaller, connected loops.

Henri Brändli
Präsident

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, stylized 'O' followed by several sharp, diagonal strokes.

Oliver Streuli
1. Vizepräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing as a series of connected, somewhat horizontal strokes.

Irene Frischknecht
2. Vizepräsidentin